

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 48 vom 30. November 1984

18. Jahrgang

1 DM

Aufsichtsratssitzung verschoben?

Wir kurz vor Redaktionsschluss bekannt wurde, sind die für den 12. 12. 84 geplanten Aufsichtsratssitzungen bei Krupp und Klöckner über die geplante Fusion miteinander und zusammen mit dem Multi CRA verschoben worden. Hintergrund ist offensichtlich der noch nicht ausgestandene Streit um die Höhe der Subventionen, die aus Bonn gefordert werden.

Neben den bisher schon zugeteilten Hunderten von Millionen Mark an die beiden Stahlkonzerne waren erneut über 300 Millionen Mark zur Subventionierung des Abbaus von über 3000 Arbeitsplätzen von Bonn eingefordert worden — nach anderen Quellen gar über 800 Millionen Mark.

Angesichts der Auseinandersetzungen im EG-Bereich, Mitte Dezember soll über neue Subventionswünsche aus Frankreich und Italien verhandelt werden — die allgemein von der Bundesregierung abgelehnt werden, sah man es wohl nicht als opportunistisch an, gerade jetzt eine Sonderregelung für Krupp und Klöckner in Bonn zu genehmigen.

Hinzu kommt ein zweiter Punkt. Schon auf der Vertrauensleutenkonferenz der IGM in Mannheim war deutlich geworden: Während der IGM-Vorstand einer Fusion mehr oder weniger widerstandslos zustimmen will, gibt es eine Reihe von betrieblichen Arbeitnehmervertretern, die dagegen stimmen würden — nicht zuletzt unter dem Druck der Basis in ihren Betrieben. Ein solch gespaltenes Bild der IGM-Vertreter wollte man offenbar auch von Arbeitnehmerseite vermeiden. Deshalb stimmte wohl auch die IGM einer Vertagung zu.

Bemerkenswert ist allerdings, daß sich die IGM-Führung in Mannheim darüber beklagte, daß der Wendekanzler Kohl seit einem Jahr immer noch nicht auf den Brief reagiert habe, den die IGM schrieb — Zweck: Ein Stahlggespräch mit ihm zu führen. Entscheidend ist es, den Druck aus den Betrieben weiter zu verstärken, um diese geplante Fusion zu verhindern.

Bonner Streik um „Abgabe“

„Das Gebot heißt nicht soziale Symmetrie“

Immer heftiger wurden in den letzten Tagen die Auseinandersetzungen zwischen den Partnern der Regierungskoalition um die sogenannte **Ergänzungsabgabe für „Besserverdienende“**. Dabei profilierten sich FDP (und CSU) auf der einen Seite, die CDU auf der anderen.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Zwangsanleihe für verfassungswidrig erklärt hatte, war dieser jetzige Streit durch die Suche nach einer Ersatzlösung ausgelöst worden. Die CDU betonte, eine solche Maßnahme sei Bestandteil des gemeinsamen Regierungsprogramms, es müsse nun einfach ein anderer Weg dazu gefunden werden. Die FDP lehnte „jede Belastung Besserverdienender“ ab (Bangemann) und sprach von einer „Neidsteuer“ (Genscher).

Anfang der Woche unterstrichen die Vorstände beider Parteien diese ihre Haltung abermals und gingen damit fast schon auf Konfrontationskurs in dieser Frage.

Die Hintergründe dieses Streits erscheinen eindeutig: Für die CDU geht es darum, endlich etwas gegen den sich verbreitenden Eindruck zu unternehmen, sie nehme nur „den Unteren“ und gebe dafür den Reichen. Sie ist auf Stimmen aus diesem Bereich angewiesen und vor allem die Sozialausschüsse drängen auf solch eine Maßnahme. Die FDP, die sich aus diesen Bereichen sowieso keine (oder kaum) Stimmen erwarten kann, hat es

dagegen nicht nötig, sich aus taktischen Gründen volksnah zu geben, sondern macht und fordert ganz offen Interessenpolitik für die Reichen (und Großspender).

Natürlich handelt es sich dabei nicht wirklich um eine soziale Maßnahme, die die CDU vorschlägt, sondern um Demagogie. Für die Betroffenen — ungefähr 800 000 Menschen — handelt es sich um etwa 200 Mark jeweils, die sie aufbringen sollen. Im Vergleich zu den drastischen Kürzungen in anderen Bereichen noch nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

Von CDU-Seite wurden verschiedene Kompromisse angeboten im Zusammenhang mit der geplanten Steuerentlastung, die für diesen Kreis verschoben werden sollte — auch dagegen wandte sich die FDP.

Deutlich geworden ist aber auch, daß die CDU keineswegs einheitlich ist. Zum einen ist die CSU dagegen. Aber auch beispielsweise die — wie immer sehr hysterische — Mittelstandsvereinigung. Deren Sprecher betonte, es sei doch erklärte Politik der CDU, daß das Gebot der Stunde nicht die soziale Symme-

trie, sondern die Stärkung der Wachstumskräfte sei. Womit er natürlich recht hat, und seine Klientel hat selbstverständlich weniger „Manövriermasse“ als die großen Konzerne, die das ja auch gar nicht betrifft.

„Soziale Symmetrie“ — das war die verlogene Parole, unter der früher die SPD ihre soziale Kahlschlagspolitik gegen die werktätigen Menschen dieses Landes durchführte. Damals wie heute gilt, daß selbst wenn auch eine solche Symmetrie tatsächlich bestehen sollte (die noch nie da war und weder beabsichtigt noch ansatzweise erreichbar ist) es noch lange keine soziale Gerechtigkeit geben würde. Sicher: Kommunisten werden nie gegen die Besteuerung der Reichen sein, die ihr Einkommen aus der Arbeit anderer beziehen. Aber eine Politik im Interesse der Arbeiterschaft und der Werktätigen kann sich nur an der Lösung: Die Reichen sollen die Krise bezahlen orientieren und niemals an solchen Märchen wie sozialer Symmetrie.

Der Streit der Koalitionsparteien ist also in der Tat ein Streit um Taktik, um parteipolitische Vorgehen — als solcher ist er keineswegs ein reiner Schaukampf, auch wenn die verlogene Pose gerade führender CDU-Politiker Brechreiz erzeugen mag — sie suchen die Tünche für ihre Politik, die die FDP nicht haben will.

Flick in Nordrhein-Westfalen

SPD-Landesregierung: unbeteiligt?

Seitdem in der letzten Woche Presseberichte veröffentlicht wurden, in denen behauptet wurde, Flick habe auch, im wesentlichen über die Friedrich-Ebert-Stiftung, der regierenden SPD in NRW Gelder zukommen lassen, und Finanzminister Posser habe sich für Flicks Anliegen eingesetzt, gibt jeden Tag ein anderer führender Sozialdemokrat kund, daß daran aber auch gar nichts Wahres wäre.

Posser gibt zu, daß Brauchitsch ihn darauf angesprochen habe, die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Spöri und Böhme — beide Gegner der Steuerbefreiung für den Konzern — in seinem Sinne zu beeinflussen. Das habe er selbstverständlich abgelehnt. Ebenso selbstverständlich war es für die SPD-Landesführung auch, daß Wirtschaftsminister Jochimsen mit der Sache von Amts wegen befaßt (NRW hätte rund 500 Millionen bekommen, wenn Flick hätte Steuern zahlen müssen) alles

ganz korrekt gehandhabt habe. An diesen ganzen Auftritten fällt verschiedenes auf. Nicht nur, daß sie haargenau im selben Stil ablaufen, wie die entsprechenden Beteuerungen von CDU-Seiten, daß die Presse einen empörten Choral anstimmt. Sondern vor allem, daß bei allen Aussagen drei Tatsachen ganz ungenau oder gar nicht angesprochen werden.

Erstens die Gelder, die an die Stiftung flossen, die „wg Nau“ verbucht waren. Hier sei total alles in Ordnung — wie bei

allen Parteien, sagte Posser(!). Wenn dies stimmt, dann stimmt es nicht. Denn bei anderen Parteien ist wirklich nicht alles in Ordnung. Dies muß man wohl eher als ein Zusammenrücken Betroffener interpretieren.

Zweitens die Notizen, die auch hier von von Brauchitsch stammen. Notierte er, Posser habe ihm Zusagen gemacht, so streitet der das rundweg ab — wie es alle getan haben, zunächst. Zur ganzen Stoßrichtung der gesammelten diesbezüglichen Notizen wird keine Stellung bezogen.

Drittens schließlich „übersieht“ man die Tatsache, wie die NRW-Landesregierung gegen jene Beamten arbeitete, die sich an die Aufdeckung der ganzen Affäre gemacht hatten...

Diese Woche

Intelligenz an der Macht?

Dies ist eine der Hauptstreitfragen, die in unserer neuesten Beilage behandelt wird: Wie sehen die wirklichen Klassenverhältnisse in den Ländern des angeblichen realen Sozialismus aus? Da-

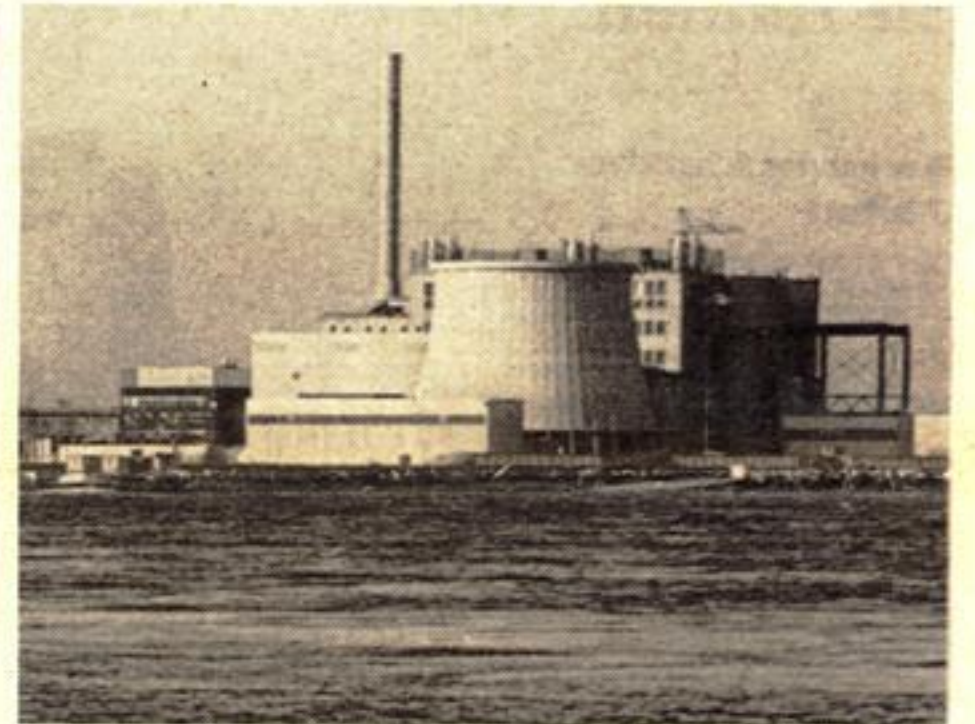
bei spielt die Frage, ob Artikel, der sich mit der man ernsthaft behaupten Planungs- und ihrem Charakter in der DDR befaßt herrsche die Intelligenz, und eine Reihe weiterer Diskussionsartikel rund um das Thema „realer Sozialismus“. Artikel von Genossen des BWK und der KPD behandelt; des weiteren ein

Gemeinsame Beilage, dieses Mal mit 16 Seiten

Atomare Sprengkraft

Ende der Zusammenarbeit von SPD und Grünen in Hessen?

Am kommenden Wochenende, dem 1./2. Dezember, wird die Landesmitgliederversammlung der Grünen in Hessen endgültig über die weitere Zusammenarbeit mit der SPD zu entscheiden haben. Es ist zu erwarten, daß die Basis der Grünen die Entscheidung der Landtagsfraktion bestätigt. Und das wäre dann das Ende der Tolerierung der Regierung Börner durch die Fraktion der Grünen im hessischen Landtag.



Der schnelle Brüter — auch er abhängig von der Hanauer Atomzentrale

Anlaß für den Bruch ist die schon seit dem Sommer dieses Jahres andauernde Auseinandersetzung um die hessische Atomindustrie. Konkret geht es um die beiden Hanauer Atomfabriken Alkem und Nukem. Die Wiederaufbereitungsanlage Alkem will die Lagerkapazität für Plutonium erheblich ausdehnen. Nukem plant die Errichtung eines zweiten Werkes, Nukem II, um die Produktion von Brennelementen, die mit waffenfähigem Uran angereichert sind, ausdehnen zu können. Das erste, entscheidende Teilgenehmigungsverfahren

für Nukem steht jetzt an. Die Grünen hatten ursprünglich die Stilllegung aller hessischen Atomfabriken gefordert, sich dann aber auf den Kampf gegen die Ausweitung der atomaren Produktion, vor allem der Produktion von atomwaffenfähigem Uran, konzentriert. Börner und sein Wirtschaftsminister Ulrich Steger betonten zwar, daß auch sie langfristig für einen Verzicht auf Atomenergie seien, waren aber zu konkreten Maßnahmen nicht bereit.

Fortsetzung auf Seite 2

Commerzbank Gewinn gehalten

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres erwirtschaftete die drittgrößte westdeutsche Bank, die Commerzbank, einen Zinsüberschuß von sage und schreibe 1,5 Milliarden Mark.

Das sind noch einmal 2,4 Prozent mehr als im letzten Jahr, das alle Rekorde gebrochen hatte. Zwar weist die Bank mit 527 Millionen Mark ein um rund 8 Prozent niedrigeres Teilergebnis aus als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, aber dies ist im wesentlichen auf enorme Investitionen in Datenverarbeitung zurückzuführen.

Die Aktionäre diskutieren nur noch darüber, ob die bisherige Dividende von 12 Prozent weiter erhöht wird oder nicht — Probleme von Krisengewinnlern.

Uruguay Konservativer Wahlsieg

Die rechtsgerichtete „Colorado“-Partei Julio Sanguinettis gewann die Wahlen in Uruguay. Nach ersten Auszählungen erhielten die Konservativen rund 40 Prozent der Stimmen, die Nationalpartei erhielt rund 33 Prozent, die Frente Amplio — das Linksbündnis — ungefähr 20 Prozent.

Dieses Wahlergebnis bedeutet für die „Frente“ in der Tat eine wichtige Bestätigung. Trotzdem ist der Hauptaspekt des Ergebnisses, daß es der Reaktion wohl gelingen wird, ihren gewünschten „bruchlosen Übergang“ von der Militärdiktatur zur parlamentarischen Demokratie zu schaffen. Sanguinetti war der Kandidat dieses Programms.

Kommentare

Wie oft noch?

Abermals muß ein Vergleich von Urteilen bundesdeutscher Justiz getroffen werden: In Westberlin wird eine Frau von ihrem Kleinkind getrennt, weil sie eine zu lange Haftstrafe zu erwarten hat — 11 Jahre wegen bewaffneter Überfalls. Ein anderer hat ebenfalls einen bewaffneten Überfall begangen. Er und seine Familie haben allerdings keine Sorge — Freispruch. Obwohl er bei seinem Überfall einen Menschen erschoss.

Bilanz: Kein Toter — 11 Jahre, ein Toter — Freispruch. Des Rätsels Lösung: Der zweite Angeklagte war ein Polizist. Er stellte mit der Waffe in der Hand einen betrunkenen Autofahrer. Das war im Juli in Köln. Der Schuß hätte sich auf einem Reflex gelöst und zufällig den Mann im Auto tödlich getroffen.

Nun ist das seit langem die Regel: Die alljährliche Statistik über Todesopfer der Polizei — in den letzten Jahren wird sie immer länger, wie einst in den 70ern — liest sich stets wie eine Ansammlung des Handelns von Pechvögeln, Schusseln und Angsthasen.

Da scheint es immer so zu sein, daß die Uniformierten sich angegriffen fühlen, wenn sie angreifen, daß ihnen ständig unbeabsichtigt Schüsse losgehen, die leider auch noch oft genug treffen. Nur warum der Polizist überhaupt mit der — entscherten — Waffe in der Hand auf einen Autofahrer losgehen darf, das steht gleich gar nicht zur Debatte. Diese Praxis zeigt — und jetzt eben erneut — daß die Kritiker, die durch die verschiedenen Polizeireformen die Einführung der Todesstrafe durch die Hintertür sahen, so falsch nicht lagen. Und: Ein Vergehen gegen die Eigentumsverhältnisse muß in dieser bürgerlichen Gesellschaft allemal härter bestraft werden als alles andere.

Wie oft noch werden Menschen von Polizistenhand getötet? Wie oft noch wird dies von der Klassenjustiz gutgeheißen?

Genscher und das Grab

Die plötzliche Absage des Polenbesuches von Bundesaußenminister Genscher — die er anschließend mit einer Erklärung, die im Gegensatz zur Kohlschen Politik steht, abzuschwächen versuchte — wurde hauptsächlich mit Beschränkungen seiner Bewegungsfreiheit durch die polnische Regierung begründet.

Dabei mag man sich um diese oder jene Sache streiten. Daß aber ein Außenminister der BRD ausgerechnet in Polen einen Kranz am „deutschen Soldatengrab“ niederlegen wollte, das ist typisch für die Bonner Politik. Allgemein human — so und ähnlich wurde diese Absicht umschrieben. So ganz, als lägen deutsche Soldaten zufällig in polnischer Erde oder eben aufgrund damaliger widriger Umstände.

Der Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen aber nahm und nimmt — zu Recht — nicht nur in der Geschichte beider Völker eine besondere Stellung ein. Dies um so mehr, als in den Parteien der heutigen Regierungskoalition ganz offen die revanchistischen Kräfte gefördert werden, die polnischen Grenzen in Frage gestellt werden. Da wird so eine Kranzniederlegung nicht doppel- sondern eindeutig. Sie muß in der Tat als Provokation bezeichnet werden.

Kein neuer Rat

Wie zu erwarten war — der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung“ — gab der Bundesregierung keinen neuen Rat, sondern forderte sie auf, so weiterzumachen wie bisher. Er bremste damit zwar wachsende Forderungen aus dem Lager des Kapitals ab, den Wendekurs zu beschleunigen, aber den Beinamen „Rat der Weisen“, den sie in der bürgerlichen Presse so oft bekommen, haben sie sich wahrlich nur in eine Richtung verdient.

Es sind Ratschläge für eine Verbesserung der Profitaussichten der Kapitalisten. Arbeitslosigkeit gehört da eben dazu und wird nur am Rande erwähnt, Lohnverzicht, wie stets, lautstark gefordert.

Sie predigen sich gegenseitig den Aufschwung und freuen sich darüber, Kohl strahlte über alle Backen.

Deutschlandtag der Jungen Union Grenzrevision im Programm

Viel geklagt wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union: Die Jugendorganisation der CDU/CSU habe Schwierigkeiten, bekomme wegen der „Mängel in Bonn“ den Wind ins Gesicht usw. Alle solchen Debatten wurden aber von der Auseinandersetzung um die Haltung zur Westgrenze Polens überschattet.

Der Kanzler, der nie Revanchismus sieht, war auch da. Selbst konkret zur polnischen Grenze Stellung zu nehmen, traute er sich nicht so ganz klar. Den Leitartikel des Bundesvorstandes der JU allerdings, der beinhalten sollte, daß die polnische Westgrenze auf Dauer anzuerkennen sei, den wollte er auch nicht unterstützen.

Die Mehrheit der 350 Delegierten lehnte diesen Antrag ab. Sie forderten, durch einen formalhaften Kompromiß überbrückt, faktisch die Revision der polnischen Westgrenze erst recht zur Programmatik zu machen. Diese Entscheidung war nun bestimmt kein Einzelfall: Der ansonsten verhältnismäßig spärliche Beifall für Kohl wurde gerade dann lautstark, wenn er reaktionäre Kernpunkte vertrat. So wurde seine Aussage, er sei fest genug gewesen, schnell zu stationieren, mit viel Beifall bedacht — mit dem meisten überhaupt.

Hier, wie auch in anderen Fragen, gab es deutlich sichtbar eine gemeinsame besonders aggressive Fraktion, die von der JU Bayern angeführt wurde. Die bayerischen Jungunionisten hatten bereits bei der Debatte um Polens Grenzen unterstri-

chen, daß sie, im Falle der Annahme des Antrages des Vorstandes, öffentlich ein Sondervotum vertreten würden, sich nicht daran gebunden fühlen würden.

Die JU, in deren Reihen sich ja auch serienweise Faschisten tummeln, setzt sich damit — in Anwesenheit des Kanzlers —

Fundsache

Aus dem Entwurf eines Rund-
erlasses des niedersächsischen
Ministers für Wissenschaft und
Kunst über die Freistellung für
Bildungsurlaub.

„Deutschlandpolitische Bildungsreisen müssen in das Zonenrandgebiet, nach Berlin, in die DDR oder in die Ostgebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 führen.“

frontal auch gegen die Aussagen Genschers zwei Tage vorher. Diese Tagung hat dazu gedient, die schrillen Töne des Revanchismus in der BRD weiter zu verstärken.

Fortsetzung von Seite 1

Atomare Sprengkraft

Der Kompromiß, den sie den Grünen anboten, war in Wahrheit keiner. Völlig zu Recht heißt es in dem Antwortbrief der Grünen zu den Vorschlägen der SPD: „Der grundsätzliche Vorbehalt, daß Nukem in Zukunft nur noch mit bis zu 20 Prozent angereichertem Uran arbeiten dürfe (bei diesem Anreicherungsgrad liegt die Grenze für die Waffenfähigkeit des Uran — RM), verkehrt sich durch die möglichen Ausnahmen in sein Gegenteil. Gerade die möglichen Ausnahmen sind der eigentliche Betriebszweck des geplanten Neubaus von Nukem II. Die angekündigte Auflage, daß in dieser Anlage nur noch mit Uran mit einem Anreicherungsgrad bis zu 20 Prozent umgegangen werden darf, wird durch den Nachsatz: „mit Ausnahme der dann bestehenden Lieferverpflichtungen in IAEO- und EURATOM-Vertragsstaaten“ wieder aufgehoben. (...)“

Die für den Abschluß neuer Verträge über die Lieferung von hochangereichertem Material gesetzte Frist bis zur Betriebsgenehmigung von Nukem II läßt darüber hinaus die Firma geradezu ein, in den nächsten vier Jahren bis zum voraussichtlichen Betriebsbeginn international noch möglichst viele Verträge zur Lieferung von Brennelementen mit waffenfähigem Uran abzuschließen. Die Genehmigung auf Grundlage ihres Briefes läßt die Lieferung von hochangereichertem Uran in alle Länder zu, die Mitglied der EURATOM oder der IAEO sind. Beide Organisationen haben Mitglieder, die den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet haben. Letzteres trifft zu für Frankreich sowie für Indien, Pakistan, Südafrika, Israel, Spanien, VR China, Brasilien und Argentinien.

Bei der Firma Alkem zogen sich Börner und Steger auf rechtliche Fragen zurück und erklärten, daß die Landesregierung gegen die geplante Ausdehnung der Plutoniumlagerung und die geplante Produktion von Brennelementen nichts machen könne.

Kurz nachdem die Grünen aus diesen Gründen die Zusammenarbeit mit der SPD angekündigt hatten, schaltete sich auch Innenminister Zimmermann in den Streit um die hessische Atomindustrie ein und verlangte unter Berufung auf die Bundeskompetenz in Fragen Atomindustrie die Erteilung der Teilgenehmigung für Nukem II ohne jede Auflage.

Und nun? Die Grünen hatten bei den Tolerierungsverhandlungen mit der SPD das Problem der Atomenergie aus „realpolitischen“ Erwägungen ausgespart. Aber nun ist die Stunde der Wahrheit doch gekommen. Die Grünen haben sich entsprechend ihrer Programmatik entschieden. In dieser Situation wird deutlich, was viele Anhänger der grünen Zusammenarbeit mit der SPD nicht wahrhaben wollten und wollen: daß die Grünen nämlich kein wirkliches Druckmittel haben, um ihre Forderungen gegen die von ihnen tolerierte Regierung Börner durchzusetzen. Denn die Aufkündigung der Zusammenarbeit — das zeigt sich jetzt — ist keines.

Holger Börner kann abwarten. Abzuwählen ist er nur, wenn Grüne, FDP und CDU zusammengehen. Und dadurch, daß Zimmermann selbst den faulen Kompromiß der Regierung Börner in Sachen Atomwirtschaft verboten hat, ist er auch politisch aus dem Schneider. Zumindest tut er so.

Neues Amnestieprojekt?

Nach Meldungen des „Spiegels“ haben sich Politiker der Regierungsparteien — unter fachmännischem Rat — eine neue Variante einfallen lassen, die Steuerbetrugsaffären niederzuschlagen.

Nach dem Urteil eines Münsteraner Gerichts in der letzten Woche das von manchen bereits als Rettungsanker für Graf Lambsdorff gesehen wird, erscheint ein solcher Weg, wie ihn der „Spiegel“ nun nachzeichnet als nicht unwahrscheinlich.

Klar ist: Ihre Versprechungen es werde kein neues Projekt geben, um die Spendenbetrüger reinzuwaschen können die Regierungsparteien, nach ihrem geplatzten Coup vom Frühjahr, kaum ohne weiteres allzu öffentlich brechen. Zu lautstark hatten dies Leute wie Geißler beteuert.

Also muß die Absicht — und daß die weiterhin besteht, lassen Kohls Versprechungen etwa an J.W. Madaus leicht schlußfolgern — auf verschlungenen Pfaden umgesetzt werden als einst geplant. Nicht mit einer politischen Gegenoffensive sondern auf Schleichwegen.

Und als solch einen Weg wurde nun die Abgabenord-

nung ausgemacht. Deren Paragraph 396 beinhaltet die Möglichkeit, daß Strafverfahren in Steuersachen so lange ausgesetzt werden können, bis das Besteuerungsverfahren rechtskräftig abgeschlossen wurde. Das ganze Verfahren bleibt also in den Händen der Finanzbehörden, der endgültige Bescheid käme dabei erst nach mehreren Verfahren auf Bundesebene zustande, die Finanzrichter sind ohnehin eine fast reine CDU-Riege.

Das würde im mindesten Falle eine lange zeitliche Aufschubung solcher Verfahren bedeuten, im besten Fall wären sie erledigt, ohne jemals vor ordentliche Gerichte zu kommen — in der Tat also eine Amnestie durch die Hintertür. Dazu muß diese Koalition lediglich im genannten Paragraphen 396 die „Kann“-Bestimmung in eine „Muß“-Bestimmung umändern und schon könnte die Sache so laufen, für Kohl und Co. und ihre Hintermänner.

Initiative fordert: Kohl — Rücktritt und Neuwahlen

Bundesweit verbreitet wird in diesen Tagen der folgende Aufruf von Betriebsräte, Personalräten und gewerkschaftlichen Aktivisten. Er zieht die Schlußfolgerung aus der „Flick-Affäre“, daß Kohl zurücktreten und Neuwahlen angesetzt werden sollen. Bisher haben ihn rund 100 Betriebsräte usw. unterschrieben. Weitere Unterschriften aus diesem Kreis der Arbeiterbewegung sollen nun gesammelt werden — wir rufen unsere Leser dazu auf, sich massiv zu beteiligen! Nach Sammlung einer größeren Zahl von Unterschriften soll der Aufruf in größerem Rahmen veröffentlicht und den Fraktionen von SPD und Grünen zugeleitet werden.

Weitere Unterzeichner, Unterschriftenlisten können an folgende Adressen geschickt werden:

Klaus-Dieter Raabe, Bielenbergstr. 36, 23 Kiel 14 und

Wolfgang Zimmermann, Neustraße 10, 4018 Langenfeld

Im Folgenden der Text des Aufrufs:

Die bisher bekannt gewordenen Tatsachen in der Affäre Flick haben ergeben:

- Zahlreiche Spitzenpolitiker vor allem der Regierungskoalition haben enorme Zuwendungen vom Flick-Konzern erhalten: Bundeskanzler Helmut Kohl über 650 000 Mark, Außenminister Genscher über eine Million Mark, der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß erheblich über eine Million Mark. Insgesamt belegen die bislang bekannt gewordenen Unterlagen aus dem Flick-Konzern Zuwendungen an die Parteien der Regierungskoalition von über 21 Millionen Mark.
- Bundeskanzler Helmut Kohl ist nicht in der Lage, die Behauptung, sein Weg an die Spitze der CDU und damit letztlich auch ins Bundeskanzleramt sei von Flick freigekauft worden, glaubwürdig zu entkräften.

Für uns Betriebsräte, Personalräte und gewerkschaftlich Aktive sind Politiker als Amtsinhaber nicht tragbar, die kalt Ausgesperrten Zahlungen der Arbeitsämter vorenthalten, selbst aber ihre Spitzengehälter durch Konzern„spenden“ aufbessern. Deshalb fordern wir:

- Offenlegung aller Fakten in der Flick-Affäre und zum gesamten Filz Großkapital/Politik;
- den Rücktritt von Bundeskanzler Helmut Kohl;
- Neuwahlen zum Bundestag.

Wir wenden uns insbesondere an die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN mit der Aufforderung, diese Forderungen zu unterstützen und dafür parlamentarisch initiativ zu werden.

Erstunterzeichner:

Helmut Born (Betriebsrat, HBV, Düsseldorf); Hermann Dirkes (Ersatzbetriebsrat, IG Metall, Duisburg); Elly Glöß (Betriebsrätin, IG Metall, Nürnberg); Peter Koch (Betriebsrat, IG Druck & Papier, Stuttgart); Gerd Lux (Betriebsrat, IG Metall, Westberlin); Christian Matthiessen (Betriebsrat, IG Metall, Hamburg); Jakob Moneta (ehem. Chefredakteur der „metall“, Frankfurt); Klaus-Dieter Raabe (Betriebsrat, IG Metall, Kiel); Martin Rausch (Betriebsrat, IG Chemie Papier Keramik, Köln); Wolfgang Zimmermann (Personalratsvorsitzender, ÖTV, Langenfeld).

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertriebl, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Zur Diskussion um das Hochschulrahmengesetz

Manche sind Alpha-Menschen und manche nicht

In diesem Monat hat die Bundesregierung den Referentenentwurf für ein neues Hochschulrahmengesetz vorgelegt. Zweck dieses Gesetzes: den Reformen, die es Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre im bundesdeutschen Hochschulbetrieb gab, soll endgültig der Garaus gemacht werden. Die Universität soll wieder das werden, was sie einmal war: Erziehungsanstalt für die geistige Elite des Landes, für die Söhne und Töchter der Wohlhabenden und der Reichen. Diesem Zweck dient die Kampfansage an die Gesamthochschule, diesem Zweck dienen die Einführung von „Stellkursen“ für „Beststudenten“ und sog. „Aufbaustudien“ — wer daran teilnehmen darf, bestimmen die Professoren. Diesem Zweck dienen aber auch die Umstellung des BAFöGs auf Darlehen, Überlegungen zur Wiedereinführung von Stu-

diengebühren usw.

Die „Kommunistischen Studenten“ befassen sich in einer Broschüre zum Hochschulrahmengesetz unter anderem mit dieser Politik der Elitebildung, die auch in den „Thesen zu einer Hochschulpolitik für die 90er Jahre“ von Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms eine zentrale Rolle spielen. Ausdrücklich heißt es dort in These 11: „Die Elitenförderung ist zu intensivieren, sie ist nur in unterschiedlichen Formen und bei vielfältiger Trägerschaft innerhalb und außerhalb der Hochschule zu realisieren.“ Wir veröffentlichen im folgenden einen Artikel aus der Broschüre zum Thema Elite-Konzept. (Der Artikel ist von uns gekürzt.)

Kurz vor der Bonner „Wende“ im Herbst 1982 frohlockte ein gewisser Joachim Hentze in der Zeitschrift „der arbeitgeber“ Nr. 22/34 1982: „Das Tabu, über Jahrzehnte verhängt, ist gebrochen — man kann ruhig wieder darüber sprechen: Über den Begriff der ‚Elite‘.“ (S. 1264/23)

Hentze machte in seinem Kommentar deutlich, was er unter diesem Begriff verstand: „... Was Staat und Gesellschaft endlich brauchen, ist vielmehr eine ‚Wert- und Bewußtseins-elite‘, etwas, das über die Funktionseliten hinausgeht: eine Elite, die ‚Orientierung schafft‘. Eliten in diesem Sinne zeichnen sich weniger durch Privilegien aus als durch Pflichten und durch Dienst an einer Sache...“ (ebd.)

Bekannte Töne aus einer vergangenen Zeit, aber zur ideologischen „Wende“ neu aufgewärmt. Man sollte aber über solcherlei Auslassungen nicht lächeln. Auch Kanzler Kohls Gefasel von der „geistig-moralischen Wende“, von „Tugenden“, von der „Familie“, vom deutschen „Vaterland“ haben ja einen sehr handfesten realen Kern, wie die ersten zwei Regierungsjahre des Kohl-Kabinetts beweisen.

Einen schon sehr viel sachlicheren Gehalt haben die Ausführungen eines gewissen Hans Dichgans, der schon vor Jahren für die Eliteförderung eintrat. In seinem Aufsatz „Bildung und Selektion“ wandte sich Dichgans gegen die „Philosophie der Gleichmacherei“ (S. 30), forderte eine Differenzierung der Unis (S. 30 f.) gemäß dem „Leistungsprinzip“, des weiteren „Examensprädikate“ (S. 47) für „wirklich gute Studenten“, die „hochqualifiziert und leistungsfähig sind“ (S. 51), die „hohe Begabungen“ (S. 59) aufweisen.

Nicht nur diese Begriffe, nein, praktisch der ganze Forderungskatalog, den Dichgans entwickelte, findet sich heute in den Wilms-Thesen, dem Bericht der „Expertenkommission“, dem HRG-Referentenentwurf und in den Maßnahmen der Bonner Koalition wieder. (...)

Auch Politiker im Ministerium haben sich zu dieser Art Elite-Förderung, zur Auslese der Reichen und der angepassten Streber, öffentlich bekannt. Ganz im Sinne von Dichgans tönte Außenminister und FDP-Chef Genscher vor der Jahresversammlung seiner Gönner, der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, am 11. 12. 83:

„Wir brauchen Konkurrenz zwischen privaten und öffentlichen Hochschulen. (...) Bei den staatlichen Hochschulen sollte es einen Leistungswettbewerb geben. (...) Wir werden zu Spitzenleistungen in der Forschung nur wieder in ausreichendem Maße gelangen, wenn

wir Elite-Universitäten schaffen, wie sie die USA, Japan, Großbritannien ganz selbstverständlich haben.“ (...)

Elite — zu wessen Nutzen und von wem gefordert?

In wessen Interesse ist diese Eliteförderung? Weshalb ist das „Tabu“ der Elite zur Erleichterung eines Joachim Hentze endlich gebrochen?

Die Antwort ist recht einfach, wenn man sich einmal ansieht, um wen es sich bei den Propagandisten des Elitismus eigentlich handelt.

Joachim Hentze ist Leiter der Informationszentrale der Bayerischen Wirtschaft in München, und das Blatt, für das er schrieb, ist, wie schon erwähnt, die Zeitschrift „der arbeitgeber“. Hans Dichgans ist mittlerweile von uns gegangen. Er war u. a. Vorsitzender des Arbeitskreises Hochschule und Wirtschaft der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, von 1961 bis 1972 CDU-MdB und Mitglied des Europa-Parlaments, bis 1975 Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie u. a. m.

Wenn dies von der völligen Interessenbindung dieser Herren an das Großkapital noch nicht zu überzeugen vermag, dem seien weitere Ausführungen dieser Elite-Fans ans Herz gelegt: „Von den Bremer Lehramtskandidaten erhielten dagegen in den letzten Jahren 88 Prozent das Prädikat ‚sehr gut oder gut‘, stellt Dichgans in seinem Aufsatz „Bildung und Selektion fest und fährt fort: „... Was aber soll der Arbeitgeber aus einer Note ‚gut‘ schließen, wenn er weiß, daß 88 Prozent der Kandidaten ‚gut‘ oder ‚sehr gut‘ erhalten? (...) Wie wird sich der Arbeitgeber nun verhalten? Hier und da sind Ansätze sichtbar, ein eigenes Prüfungswesen aufzubauen. (...) Das ist eine höchst unerwünschte Entwicklung.“

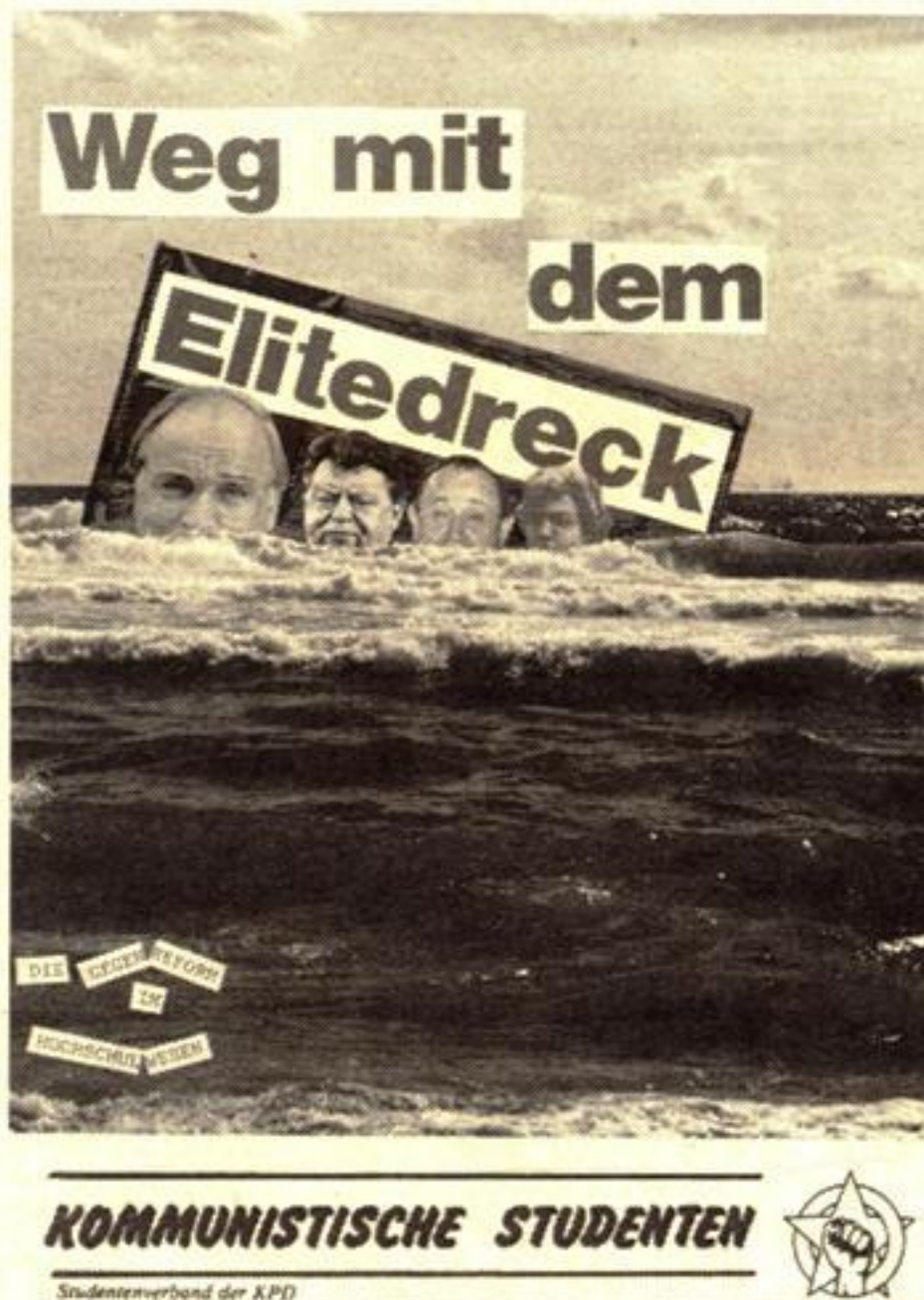
Im Klartext: der Arbeitgeber bestimmt, wieviele Hochschulabsolventen er gebrauchen kann, und die Unis haben dementsprechend zu benoten. Deshalb verlangt Dichgans die Anwendung der (in den Schulen laut Kultusminister-Konferenzbeschluss schon lange gültigen) Gaus'schen Beurteilungskurve, nach der sich ja 5 Prozent jedes Jahrgangs als „hochbegabt“ erweisen würden. Dichgans dazu:

„Die obersten fünf Prozent eines Jahres sollten wissen, daß sie sich keine Sorgen wegen eines Arbeitsplatzes zu machen brauchen.“ (ebd. S. 60)

Daß dies nicht nur die seit Gründung der BRD geübte selektive Praxis zum Ziel hat, sondern direkt auf Elitebildung im Interesse der Herrschenden abzielt, macht in seiner pathetischen Sprache wiederum Hentze klar. Er weist vor allem auf den

Zusammenhang zwischen Systemkrise und Elitebildung hin: „Eliten bilden sich in Grenzsituationen. (...) Wenn die Mauern wanken, naht die Stunde der Auserwählten, der Wenigen, denen dann die Vielen viel zu verdanken haben. (...) Die Suche nach einer neuen Elite läßt sich so wenig aufhalten wie gelehrt werden kann, daß die Spaltung der Gesellschaft in Leistungserbringer und parasitäre Leistungsverweigerer einen Krankheitszustand signalisier-

deutschen bzw. westeuropäischen „Herrenrasse“ gegenüber den Juden, Slawen, den farbigen Bewohnern der Kolonien „beweisen“ sollten, Behauptungen, die integraler Bestandteil von Hitlers „Mein Kampf“ sind. Hören wir nun selbst die Vordenker der demokratiegeplagten Bourgeoisie: „Die Menschen aber, so wie sie in der göttlichen Weltordnung nun einmal geschaffen sind, werden in ihren Anlagen bereits ungleich geboren.“ (Hentze, a. a. O.) (...)



Dies Broschüre kann im RM Verlag, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30 bestellt werden.

ren, den es zu heilen gilt — durch Leistung, die auf Dauer ohne Elite nicht möglich ist.“ (Hentze, a. a. O., S. 1264/23)

Der Elitismus — eine rassistische Ideologie

Bei der Forderung nach einer neuen Elite und entsprechenden Maßnahmen bleibt es nicht. Eine solche Elite will auch „wissenschaftlich“ begründet sein. Sie muß zu einem ganzen „theoretischen“ Konzept aufgeblasen werden, wenn der mit dem Elitedgedanken verbundene Angriff gegen die demokratischen und sozialen Rechte einigermaßen plausibel gemacht werden soll.

Und da zeigt es sich, daß es keine wissenschaftliche und keine demokratische Begründung für den Elitismus geben kann. Im Gegenteil, Ausgangspunkt auch der neuen Elitedealtheorien sind genetische, rassistische und sozialdarwinistische Behauptungen — Behauptungen, die seinerzeit die Überlegenheit der

Ähnlich äußert sich auch Dichgans. Er geht aber noch weiter, teilt die Menschen in Alpha-, Beta- und Omega-Menschen ein und macht einen Ausflug ins Reich des Darwinismus: „Im ganzen Reich der Primaten, die Menschen eingeschlossen, finden wir eine hierarchische Ordnung. Das Studium der menschlichen Geschichte bestätigt diese Erkenntnis der vergleichenden Ethnologie. (...)“

Das Wesen einer hierarchischen Struktur besteht darin, das jeweils geeignetste Individuum (die Alpha-Person im Hinblick auf eine bestimmte, gesellschaftlich wichtige Funktion) in die richtige Position zu bringen. (...)

Die Fähigkeit, eine Alpha-Person zu werden (mit den entsprechenden Privilegien und mit der entsprechenden Verantwortung für die Population), muß bei verschiedenen Individuen verschieden sein. (...) Viele Defekte menschlicher Gesell-

schaften, in Geschichte und Gegenwart, sind auf den Umstand zurückzuführen, daß wichtige Alpha-Positionen nicht von wirklichen Alphas eingenommen werden.“ (ebd. S. 80 ff.) (...)

Der Feldzug der „Hochbegabten“ gegen die Gleichmacherei

Dichgans wendet sich — wie sollte es auch anders sein — gegen die „Massenakademisierung“ und zieht vor allem auch gegen demokratische und Mitbestimmungsrechte ins Feld, so mager diese auch in der sozialliberalen Ära waren. Der Arbeitgeber-Ideologe schreibt; es hätten „sich unter der Bezeichnung ‚Demokratisierung‘ anarchistische Rätekonzepte in manchen Universitäten fest etabliert: ein Kardinalfehler des Gesetzgebers, der sich später auch mit Polizeieinsätzen nicht mehr reparieren ließ. (...) Man fragt sich (...), ob das Räteprinzip der Natur des Menschen, wissenschaftlich gesprochen, seiner genetisch fixierten Verhaltensinteraktionsbreite überhaupt angemessen ist.“ (Dichgans, a. a. O., S. 80) (...)

Umsetzung der Elite-Ideologie in Elite-Politik

Wie schon eingangs nachgewiesen, sind die Äußerungen der Elite-Ideologen keinesfalls als Spinnerei einzelner abgefahrener Leute ohne ernstzunehmende Folgen abzutun. Sondern sie haben Eingang in die Regierungspolitik gefunden und werden schrittweise in die Praxis umgesetzt. (...)

In ihrer These Nr. 2 fordert Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms eine „deutliche Profilbildung“ der jeweiligen Hochschulen, in der 3. These deren Wettbewerb um „wissenschaftliche Anerkennung“ und „Qualität“, außerdem „besondere finanzielle Anreize“ für „hervorragende Leistungen“ (6. These) und eine „wissenschaftliche Elite“ (11. These).

Auch Genscher, der in seiner schon erwähnten Rede vor den Arbeitgebern „unsere humanistische und christliche Tradition“ lobt, fordert einen „Leistungswettbewerb“, „Spitzenleistungen“, „Eliteunis bzw. -institute mit den ‚besten Professoren“ und den „begabtesten Studienbewerbern“. Von Breitenbildung und selbst der sozialdemokratischen Losung der „Chancengleichheit“ ist selbstredend bei beiden Politikern keine Rede mehr.

Und die „Expertenkommission“, die die HRG-Gesetzesnovelle vorbereitet hat? — Sie fordert eine Differenzierung unter den Hochschulen durch „einen die Hochschulart kennzeichnenden Zusatz“ auf den Diplomen (Bericht der Expertenkom-

mission, Abschnitt II 2, S. 118), wobei natürlich unausgesprochen bleibt, daß ein Uni-Diplom mehr gelten soll als das einer Gesamthochschule oder erst recht als das einer Fachhochschule. Entsprechend den Forderungen von Dichgans, Wilms & Co. sieht die Expertenkommission ferner „Möglichkeiten einer Gestaltung des Studiums für besonders befähigte Studenten“ vor (II 3, S. 118). Es seien „für besonders qualifizierte Hochschulabsolventen (...) Aufbaustudienangebote zu entwickeln und auszubauen, die der Heranbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses dienen“, und dies habe sich auch in den Studienordnungen niederschlagen (ebd.). Mit anderen Worten: Durch das neue HRG kommen auch bedeutende inhaltliche Änderungen auf das Studium zu, und bestimmte Studiengänge, Seminare und Projekte sollen künftig nur noch der Elite, den „besonders qualifizierten“ Studenten vorbehalten sein.

Für die „durchschnittlichen“ Studenten bzw. in der Diktion Dichgans: für die Beta-Menschen ist vor allem verschärfte Auslese (und damit mehr Pauken, mehr Konkurrenz und Ellenbogenhaltung, mehr Anpassung) vorgesehen. Denn die Expertenkommission sieht „Zwischenprüfungen für alle Diplom- und Magisterstudiengänge“ sowie die „Zurückführung“ der „derzeit überlangen Studienzeiten auf die im Hochschulrahmengesetz vorgesehenen Regelstudienzeiten“ vor (II 4, S. 118). Also Wiedereinführung von Regelstudienzeit und vielleicht noch Zwangsexmatrikulation; wer nebenher jobben muß (die Omega-Menschen), schafft das Studium eben nicht: „Versager“!

Zur Erinnerung: Helmut Kohl studierte seinerzeit 22 Semester, Heiner Geissler 19... (...)

Auch der Referentenentwurf zur HRG-Novelle sieht Ähnliches vor: in § 11 die Differenzierung der Studienstruktur in sog. Stellkurse, die Einführung von obligatorischen Zwischenprüfungen in § 15 Abs. 1, Satz 2, die Förderung des Wettbewerbs durch unterschiedliche Studienordnungen in § 11, Abs. 1, Satz 1, die restriktive Handhabung der Regelstudienzeiten ebenfalls in § 11. Besonders bezeichnend für die gesellschaftspolitischen Intentionen der „Elite“-Bildung ist ja auch die Bestimmung in § 37, Abs. 1, Satz 3, die das Verbot der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft in denjenigen Personalvertretungen in Uni-Gremien beinhaltet, die mit Personalpolitik befaßt sind. Die Herren Alpha-Menschen bzw. Kapitalistenknechte wollen eben unter sich bleiben...

Für die Masse der Student(innen) jedenfalls bedeutet diese Tendenz zu mehr „Wettbewerb“, „Qualität“ und „Elitebildung“ nichts anderes als verschärfte Prüfungsanforderungen, mehr Druck, Konkurrenz und Duckmäusertum sowie — inhaltlich gesehen — mehr Fachidiotie. Für den Mittelbau an den Hochschulen wirken diese Mechanismen in ähnlicher Form.

Schon heute ist eine Konsequenz dieser hochschulpolitischen Wende hin zur „neuen Elite“ zu verzeichnen: Seit 1983 sinkt erstmals der Frauenanteil an den Studierenden, bei den Studienanfängerinnen gibt es sogar eine absolute Abnahme. Ohnehin fällt ja auf, daß alle Elite-Ideologen und „Experten“ von den „begabten“ und „tüchtigen“ Studierenden ausschließlich in der männlichen Person sprechen...

Zur Umsetzung des Tarifvertrags auf den Werften

38,5 Stunden für jeden und runter mit den Überstunden!

Der Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und für Humanisierung der Arbeit, der Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich tritt in seine zweite Phase. Es gilt, das Erreichte in den Betrieben so umzusetzen, daß die positiven Ansätze voll zum Tragen kommen und gleichzeitig die negativen Möglichkeiten verhindert werden. Nur wenn dies gelingt, kann von einem Teilerfolg des Tarifkampfes gesprochen werden.

Aber die Durchsetzung der positiven Möglichkeiten wird nicht leicht. Der Tarifvertrag überträgt sie den Betriebsräten, d.h. die Wirksamkeit des Erreichten hängt ab von der Haltung und gewerkschaftlichen Stärke der Betriebsräte. Da droht nicht nur Gefahr von betriebsbornierten und sozialpartnerschaftlichen Betriebsführern, sondern auch dort, wo gewerkschaftlich orientierte Betriebsratsmehrheiten im Amt sind, wird es nicht leicht; denn die gesetzlichen Mittel der Betriebsräte sind beschränkt. Letztlich entscheidet der Vorsitzende der Einigungsstelle, meist ein unternehmerfreundlicher Arbeitsrichter.

Ohne Aktivität des Vertrauenskörpers und der Belegschaft, ohne überbetriebliches gemeinsames Vorgehen wird es nicht gelingen, die Ergebnisse des Tarifvertrages abzusichern. Dies bedeutet insbesondere für uns auf den Werften, wo es gerade auch über den Termin erhebliche Konkurrenz unter den Managern gibt, ein Maximum an Abstimmung über das gemeinsame Vorgehen. Nicht zuletzt, um den Werftbossen das

Ausspielen der Belegschaften gegeneinander zu verderben und eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit zu verhindern.

Worum geht es im einzelnen?

38,5 Stunden für jeden! Damit jeder etwas davon hat, damit alle nach wie vor die gleiche tarifliche Arbeitszeit haben, damit keine weitere Aufspaltung im Lohn/Gehalt erfolgt, damit Neueinstellungen, Übernahme von Auszubildenden erreicht oder zumindest Entlassungen verhindert werden!

• **Spürbare Verkürzung in Richtung 7-Stunden-Tag!** Eine Verkürzung der Arbeitszeit um täglich 18 Minuten bringt nicht viel. Gerade im Werftenbereich ist dies durch verstärkten Leistungsdruck leichter ausgleichbar bzw. die Werftbosse selbst versuchen, durch Eintauchen der bisherigen Frühstückspausen bisherige Regelungen auf die Verkürzung der Arbeitszeit anzurechnen. Deshalb scheint uns für die Werften am günstigsten, am Donnerstag eine halbe und am Freitag eine ganze Stunde eher den Hammer fallen

zu lassen. Dann haben wir effektiv etwas davon und 1986 lohnt es sich, die restlichen Wochentage in Angriff zu nehmen.

• **Sonnabend gehören wir uns und der Familie!** Die Werftbosse wollen die Umsetzung des Tarifvertrages zum Anlaß nehmen, die Sonnabendarbeit wieder für alle verpflichtend einzuführen oder aber eben solche Überstundenregelungen durchzusetzen. Möglich ist das über die Einigungsstelle. Hier darf es keinerlei Kompromisse geben! Im Gegenteil: Wochenendarbeit nützt allein den Profitinteressen der Unternehmer. Was wäre, wenn auf allen Werften von Flensburg bis Emden Wochen-



endarbeit abgelehnt werden würde? Müßten sich dann nicht die Werftmanager und Reeder daran gewöhnen? In vielen Bereichen der Wirtschaft haben sie sich daran gewöhnen müssen und sie sind nicht bankrott gegangen.

Überstunden oder Schichtarbeit?

Vor diese Alternative stellen uns die Werftmanager (und auch manche gewählte Arbeitnehmervertreter). Dann schon lieber Überstunden, sagen die Betroffenen. Diese Alternative stellt sich dann, wenn die Manager seit Jahren nach Belieben über Teile der Belegschaft verfügen konnten und diese Art der chaotischen Organisation der Arbeit (kürzeste Termine) nie infragegestellt wurde. Auch hier gilt der Satz: Wenn alle Werftbelegschaften an einem Strang ziehen, zumindest einmal in den Regionen, werden die Werftmanager und Reeder sich fügen müssen.

Ablehnung von Überstunden muß nicht automatisch Schichtarbeit bedeuten. Es kann in bestimmten Fällen Neueinstellungen erforderlich machen, in anderen Fällen Verlängerung von Terminen nötig machen. Dies kommt ja aufgrund anderer Ursachen (technische Schwierigkeiten, Zusatzarbeiten, Nichteinsatz von Laderaum) oft genug vor. Warum sollten wir nicht uns das Recht nehmen, überbetrieblich Schichtarbeit und Überstunden abzulehnen?

Runter mit den Überstunden — Freizeitausgleich!

Ein, zwei, ja bis zu drei Mark weniger verdient ein Facharbeiter auf der Werft als an „Land“. Müssen Überstunden

also schon deshalb sein? Die über 10000 entlassenen Kolleginnen und Kollegen allein in den letzten Jahren müssen heute zumeist mit erheblich weniger Geld auskommen, teilweise mit weniger als 40 Prozent ihres bisherigen Einkommens.

Hiermit wollen wir keineswegs einem allgemeinen Verzicht auf Lohn/Gehalt das Wort reden. Es geht darum, daß zumindest ein Teil dieser Entlassungen eben dadurch überhaupt aufrechterhalten werden kann, weil auf den Werften auf Deubel komm raus Überstunden gemacht werden. Ohne diese Überstunden oder mit Freizeitausgleich müßten Kolleginnen und Kollegen wieder eingestellt werden, Auszubildende übernommen werden oder könnten Entlassungen nicht durchgeführt werden.

Und: Überstundenknüppel ruiniert die Gesundheit, zerstört das, was im Kapitalismus unsere Existenzgrundlage ist, unsere gesunde Arbeitskraft.

Und noch eines: Solange der Teil der Belegschaft, der aus finanziellen Gründen Überstunden macht, auf diese Weise den Lohn / das Gehalt ständig aufbessert, solange entsteht auch kein ernsthafter Druck für Reallohnsteigerung oder wenigstens Reallohnabsicherung.

Wie man es auch dreht und wendet: Überstunden mögen kurzfristig dem einzelnen helfen, langfristig vernichten sie Arbeitsplätze, ruinieren sie die Gesundheit, drücken den Tariflohn. Deshalb runter mit den Überstunden.

Nichtabzuwählende Überstunden dürfen 20 pro Monat nicht übersteigen. Freizeitausgleich entsprechend den Wünschen der Betroffenen. Sie müssen über den Termin bestimmen können (sonst führt dies nur zu flexiblerem Arbeitskräfteinsatz und damit nicht zur Sicherung von Arbeitskräften und wird dann auch nicht von den Betroffenen akzeptiert).

• **Keine Betriebsvereinbarungen, die mehr als 20 Überstunden genehmigen!**
• **Freizeitausgleich von der ersten Stunde an.**

Innerbetriebliche Personalreserve, nicht Leiharbeiter und Fremdfirmen!

Die Manager der Werften reduzieren die Belegschaften auf weniger als zur Abarbeitung des durchschnittlichen Arbeitsaufkommens erforderlich wäre. Das führt dazu, daß ständig Leiharbeiter oder Fremdfirmen (über Werkverträge oder Scheinwerkverträge) anwesend sind.

Insbesondere die Beschäftigung von Kolleginnen und Kollegen von Sklavenhalterfirmen stellt eine große Gefahr dar. Nicht nur, daß feste Arbeitsplätze auf den Werften vernichtet werden und die Leiharbeiter selbst unter Tarif, ohne soziale Sicherung, ohne Einweisung in die Arbeitssicherheit, von heute auf morgen kündbar ausgenommen werden. Dieser Druck setzt sich in die Belegschaften fort und soll sie aufbehalten für weitere Abbaumaßnahmen der Werftbosse. Dieses Leiharbeiterunwesen soll durch Bonner Gesetze noch ausgeweitet werden. Dagegen muß Front gemacht werden.

• **Runter mit Leiharbeitern von den Werften.**

• **Feste Einstellung der Kollegen zu den Bedingungen der Tarifverträge!**

Eines ist sicher: All die angesprochenen Probleme und noch andere (wie Kurzarbeit) werden im Zusammenhang mit der Umsetzung des Tarifvertrages auftreten. Hier eine eindeutige gemeinsame Linie für die Werften festzulegen und durch koordiniertes Vorgehen, durch gewerkschaftliche Aktivitäten zu untermauern ist die Voraussetzung für einen Erfolg und damit auch für die nächste Runde um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich 1986.

Jeder ist gefordert. Insbesondere die klassenkämpferischen Kräfte in den Betrieben und der IG Metall. Ob die Koordination über die Bezirksleitung der IG Metall ausreicht, ist zu bezweifeln. Erforderlich wäre eine Vertrauensleutekonferenz der Werften.

BMW-Berlin

Lieber 1,7 Millionen Zwangsgeld ...

Ob es das schon einmal gegeben hat, ist fraglich: Ein Westberliner Arbeitsrichter wurde erfolgreich wegen Befangenheit abgelehnt. Es handelt sich um Dr. Joachim Lepke, zuständiger Richter für die Berufungsklage von BMW gegen Peter Vollmer, dessen Kündigungsschutzklage in erster Instanz erfolgreich war.

Über die Gründe für den Befangenheitsantrag gegen Lepke hat der Rote Morgen schon in der Ausgabe vom 16. November informiert: Lepke hatte — offenkundig ohne jede ernsthafte Würdigung der Beweislage — verfügt, daß die zuvor angeordnete Zwangsvollstreckung der Weiterbeschäftigung Peter Vollmers einstweilen einzustellen sei.

Abgelehnt wurde der Befangenheitsantrag gegen Dr. Lepke dagegen für das Parallelverfahren von Hans Köbrich, für das Lepke in der zweiten Instanz ebenfalls der zuständige Richter ist. Schon die Tatsache, daß Dr. Lepke sowohl im Verfahren von Peter Vollmer als auch im Verfahren von Hans Köbrich der zuständige Richter wurde, ist als reiner Zufall schwer zu erklären. Nach Berechnungen des Westberliner Solidaritätskomitees für die entlassenen BMW-Gewerkschafter steht die Wahrscheinlichkeit mit 1:169 dagegen. Völlig schleierhaft aber bleibt nun, wieso die gerichtlich festgestellte Befangenheit des Dr. Lepke zugunsten von BMW im Verfahren von Hans Köbrich nicht vorliegen soll.

Auch im Fall Hans Köbrich hat BMW dringenden Bedarf an einem Gerichtsbeschuß, der die Zwangsvollstreckung der Weiterbeschäftigung Hans Köbrichs

einstweilen einstellt. Beim Amtsgericht Charlottenburg liegt bereits wegen der Nichtweiterbeschäftigung von Hans Köbrich ein Pfändungsbeschuß über ein Zwangsgeld von 20000 Mark gegen BMW vor.

BMW aber soll sich in einer Klageschrift gegen den Weiterbeschäftigungsanspruch von Hans Köbrich dazu bekannt haben, lieber 1,7 Millionen Mark Zwangsgeld zu zahlen, als Köbrich weiterzubeschäftigen. BMW soll sich sogar darüber beklagt haben, daß es die Zinsen und die Vollstreckungskosten für diese Summe, die binnen drei Jahren schon mehr als 200000 Mark ausmachen würden nie wiedersehen würde, selbst wenn das Bundesarbeitsgericht am Ende der Firma BMW recht geben würde; denn leider sei Köbrichs Arbeitslohn dafür viel zu niedrig.

Es ist schon ein starkes Stück, wie arrogant und selbstverständlich BMW sich aus dem Kündigungsschutzrecht einfach auskaufen will. Dem Gewerkschafter Hans Köbrich gelang es andererseits natürlich zur Ehre, daß BMW selbst 1,7 Millionen Mark hinblättern will, um sich ihn vom Hals zu halten. Schließlich könnte sich BMW für diesen ansehnlichen Betrag gegen einen Bundeskanzler kaufen.

Auch im Betrieb gehen die Intrigen gegen die drei entlassenen BMW-Gewerkschafter weiter, und die IG Metall macht dabei eine ausgesprochen schlechte Figur. Der gewerkschaftliche Vertrauenskörper von BMW hat in seiner Sitzung vom 6.11.84 den entlassenen Kollegen Rainer Knirsch als VK-Leiter abgelehnt. Die Sitzung fand im Beisein von IGM-Stadtteilsekretär Neumann im Werk statt, so daß Rainer Knirsch nicht teilnehmen konnte. Er war über den Abwahlantrag auch gar nicht informiert worden. Eine Stellungnahme von seiner Seite war offenkundig unerwünscht. Eine Begründung für die Abwahl wurde ihm auch nicht mitgeteilt.

Am Zustandekommen der neuen Mehrheit im BMW-VK ist allerdings nichts Geheimnisvolles. Die von BMW erwiesenenmaßen auch finanziell unterstützten Betriebsräte der „Mannschaft der Vernunft“ sind qua Satzung der IG Metall, obwohl eindeutig unternehmerorientiert, Mitglieder des Vertrauenskörpers. Außerdem hat die Berliner IGM zu einem ganz unüblichen Zeitpunkt Nachwahlen in verschiedenen Abteilungen veranlaßt, was mit dazu beigetragen hat, die Mehrheit zuungunsten der aktiven Gewerkschafter zu verändern.

Die Westberliner IG Metall, die den drei entlassenen Gewerkschaftern in der Kündigungsfrage zwar Rechtsschutz gewährt, setzt bei BMW offensichtlich auf die „gelben“ Betriebsräte.

Die Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) hat dagegen auf ihrem Gewerkschaftstag aufgrund eines Initiativantrages beschlossen, sich voll mit den drei entlassenen BMW-Gewerkschaftern zu solidarisieren. Das ist der erste Solidaritätsbeschuß einer DGB-Gewerkschaft auf Bundesebene.

Prozesse gegen „kalte Aussperrung“ Dreimal erfolgreich

Wie die IG Metall am 23. November in Frankfurt mitteilte, wurden von der Gewerkschaft drei Musterprozesse in Sachen „kalte Aussperrung“ gewonnen. In zwei Verfahren wurde die Firma Daimler-Benz von Westberliner Arbeitsgerichten dazu verurteilt, den Beschäftigten den gesamten Lohn für die Zeit der „kalten Aussperrung“ nachzuzahlen. Das Arbeitsgericht Nienburg hat die Lemför-

der Metallwerke zur Lohnzahlung verurteilt.

In beiden Fällen kamen die Arbeitsgerichte zu dem Schluß, daß die genannten Unternehmer die Rechte des Betriebsrats bei der Einführung von Kurzarbeit verletzt hätten; denn die „kalte Aussperrung“ gilt juristisch als „arbeitskampfbedingte Kurzarbeit“. Das Bundesarbeitsgericht hatte unlängst entschieden, daß der Betriebsrat bei arbeits-

kampfbedingter Kurzarbeit zwar kein Mitbestimmungsrecht in der Frage habe, ob diese Kurzarbeit überhaupt durchzuführen sei, sehr wohl aber in der Frage, wie die Kurzarbeit durchzuführen sei. Dagegen hatte Daimler-Benz verstoßen.

Das Lemförder Unternehmen hatte die Auffassung vertreten, bei arbeitskampfbedingter Kurzarbeit müßten die vorgeschriebenen Ankündigungsfristen für Kurzarbeit nicht eingehalten werden. Auch in dieser Frage gab das Arbeitsgericht der entgegen gesetzten Position der IG Metall recht.

Unterschriftenaktion der DGB-Jugend Ausbildung für alle durch Umlagenfinanzierung?

Ausbildung für alle durch Umlagenfinanzierung — mit diesem wohl etwas zu optimistischen Slogan wirbt die DGB-Jugend NRW für eine Unterschriftenaktion, durch die die Forderung nach einer Ausbildungsabgabe unterstrichen werden soll.

Der DGB fordert seit langem, die einzelbetriebliche Finanzierung der Ausbildung durch eine Umlagenfinanzierung zu ersetzen. Das bedeutet: alle Betriebe sollen eine Ausbildungsabgabe zahlen. Aus diesem Topf sollen fehlende Ausbildungsplätze und Verbesserungen in Struktur und Qualität der Ausbildung finanziert werden.

Sicher läßt sich die sachliche

Richtigkeit der einen oder anderen Begründung, die der DGB für diese Forderung anbietet, bezweifeln. Im Grundsatz geht die Forderung aber in die richtige Richtung: die Kapitalisten müssen die Lösung der Lehrstellenmisere bezahlen.

Die DGB-Jugend NRW macht es noch konkreter: sie fordert von der Landesregierung NRW, einerseits über den

Bundesrat die Initiative für eine bundesgesetzliche Regelung zu ergreifen, andererseits aber für den wahrscheinlichen Fall des Scheiterns auf Bundesebene ein Landesgesetz zur Verwirklichung der Umlagenfinanzierung zu beschließen.

Letzteres hat prompt den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Rau auf den Plan gerufen, der die Forderung nach einem Landesgesetz ohne Einschränkung ablehnte. Erhalten mußte die alte sozialdemokratische Leier, daß ein solches Gesetz die Unternehmer aus NRW in andere Bundesländer vertreiben würde. Ein Grund mehr, die Unterschriftenaktion der DGB-Jugend zu unterstützen.

Arbeitstreffen der Volksfront:

Jetzt den Kampf für's Nazi-Verbot verstärken!

84 Mitglieder der Volksfront und andere Antifaschisten aus dem Bundesgebiet und Westberlin besuchten am vergangenen Wochenende das Arbeitstreffen zum Thema „Verbot der NSD und aller anderen faschistischen Organisationen“, das einem Beschluß des letzten Volksfront-Bundeskongresses entsprechend in Dortmund stattfand. Sie bekräftigten die Notwendigkeit des Kampfes für das Verbot der Nazi-Organisationen und erarbeiteten in verschiedenen Arbeitsgruppen Grundlagen, die die Volksfront in die Lage versetzen sollten, in ihrem eigenen Einsatz und in der Gewinnung von bzw. der Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen Kräften für die Verbreitung und Durchsetzung dieser Forderung voranzukommen.

„Die Volksfront kämpft gegen das offene Auftreten der alten und neuen Nazis, gegen die Verbreitung ihres faschistischen Gedankenguts und gegen die Verherrlichung des Hitler-Faschismus in sogenannten Dokumentationen und wissenschaftlichen Untersuchungen. Sie tritt ein für ein Verbot aller deutschen und ausländischen faschistischen Organisationen und für die Bestrafung aller NS-Verbrecher und jeder faschistischen, rassistischen und kriegstreiberischen Propaganda. Die Volksfront setzt sich dafür ein, daß insbesondere an den Schulen die Wahrheit über den Hitler-Faschismus verbreitet wird und betreibt selbst eine diesbezügliche Aufklärungsarbeit.“ — So heißt es bereits in den Grundsätzen der Volksfront, die bei Gründung der Organisation im Jahre 1979 verabschiedet wurden. Und der Einsatz in diesem Sinne ist immer ein Schwerpunkt der Volksfront-Gruppen gewesen. Dennoch mangelte es bisher am zusammenhängenden, koordinierten Einsatz der

gesamten Organisation, obwohl bereits auf dem 2. Bundeskongreß eine Kampagne für das Verbot der Nazi-Organisationen gefordert und auch beschlossen worden war.

So war denn auch mit dem Antrag auf Durchführung eines Arbeitstreffens zu diesem Thema, der auf dem letzten Kongreß Ende letzten Jahres eingebracht worden wurde, in erster Linie beabsichtigt, die Volksfront in die Lage zu versetzen, diesen Mangel zu beheben, das Bewußtsein für die Bedeutung dieses Kampfes zu heben, die ganze Organisation besser dafür mobilisieren zu können. Daneben sollte versucht werden, nach Möglichkeit schon in die Gestaltung des Arbeitstreffens andere Organisationen bzw. Antifaschisten, die (noch) nicht in der Volksfront organisiert sind, mit einzubeziehen.

Dieses gelang nur zum kleinen Teil. Das mindert aber nicht den Wert dieses Treffens.

Über die Rolle der Nazis im Spiel der Reaktion gerade im Zeichen der Bonner „Wende“,

über die Formierung faschistischer Organisationen und das Verhalten staatlicher Organe demgegenüber, über die Berührungspunkte und direkten Verbindungen zwischen den offenen Faschisten und dem konservativen politischen Lager in unserem Land, über juristische Grundlagen eines Verbotes und mögliche Forderungen zur Veränderung der bestehenden Gesetzeslage, über die auch in antifaschistischen Kreisen vorgebrachten Bedenken gegenüber der Verbotsforderung und schließlich über Erfahrungen aus bisherigen Aktionen gegen die Faschisten und Grundlagen zukünftiger Bündnisarbeit wurde sehr intensiv informiert und diskutiert, und die umfangreichen Ergebnisse der Arbeitsgruppen — die hier vorzustellen kein Platz ist, die, einen Tag nach dem Treffen, uns auch noch gar nicht in endgültiger Form vorliegen, auf die wir aber auch im RM noch ausführlicher eingehen werden — können eine gute Grundlage für die Verstärkung und Verbesserung der Arbeit sein.

Können — denn die Frage einer wirklichen politischen Kampagne unter der Stoßrichtung „Verbot...“ scheint durchaus noch nicht „gegessen“. Zu oft wird auch innerhalb der Volksfront noch diese Aufgabe der „direkten Aktion“ gegen die Nazis eher entgegengestellt oder sogar geringer bewertet. Dabei ist ein solches Gegeneinander-

stellen unsinnig. Vor allem aber darf die Notwendigkeit einer politischen, bundesweiten Kampagne für das Nazi-Verbot, das Bemühen um ein Zusammengehen möglichst vieler Antifaschisten für dieses Ziel, dürfen die Chancen, die eine solche Mobilisierung bietet (auf die der RM in einer der letzten Nummern ausführlich eingegangen ist), nicht gering geschätzt werden. Den „Kampf um die Straße“, den besonders die Kühnen-Truppe verstärkt zu führen gedenkt, dürfen die Faschisten nicht gewinnen, ihren Provokationen muß allerorten entschieden und kompromißlos entgegengetreten werden. (Dabei sollten übrigens, sozusagen in „guter Tradition“, die Genossen und Genossinnen unserer Partei immer dabei sein!) Das kann aber die politische Mobilisierung für die Verbotsforderung nicht an die zweite Stelle (oder noch weiter nach hinten) rücken lassen.

Insgesamt aber, trotz solcher Auseinandersetzungen, hat das Arbeitstreffen aber eben nicht nur die „alte“ Forderung bekräftigt, sondern schon die Möglichkeit zur Mobilisierung der Volksfront verbessert. Nicht zuletzt ist der Umstand außerordentlich positiv zu bewerten, daß das Treffen den Nutzen einer Organisation wie der Volksfront unterstrichen hat, daß das Bemühen, an einem Strick zu ziehen, den Kontakt der Gruppen untereinander zu verbessern, eine bessere Zusammenarbeit von Vorstand und Gruppen zu gewährleisten, schlagkräftiger zu werden und die Möglichkeiten einer bundesweiten antifaschistischen Organisation voll auszuschöpfen, deutlich gestärkt wurde.



Recht hat er, der Postbote...

... denn jetzt gibt es im RM-Verlag zwei Postkartenserien, die das Schreiben wieder zum Vergnügen machen.



Liebe Grüße gegen die Wende

Postkartenset besteht aus acht teils zweifarbigen Postkarten mit innenpolitischen Motiven. Ansichtskarten aus der verfluchten Republik.



Solidarität mit Nicaragua

Acht teils zweifarbige Karten mit Motiven aus Nicaragua. Bilder, Darstellungen des legendären nicaraguanischen Guerillaführers Augusto César Sandino.

Beide Serien, jeweils acht Karten im Umschlag, sind zum Preis von nur 5,— DM zu bekommen beim

RM-Verlag,
Postfach 300526,
4600 Dortmund 30

Kranzniederlegung in Kiel

Am Sonntag, dem 18.11., führte die KPD/Kiel eine kleine Gedenkfeier mit Kranzniederlegung für die gefallenen Kieler Kämpfer der Novemberrevolution durch. Die Feier fand auf dem Friedhof Eichhof, wo 48 Genossen begraben wurden, statt. Wenn man die lange Reihe der Grabsteine abschreitet, findet man kaum einen Genossen, der älter als 18 Jahre war.

Die Grab- und Gedenkstätte hat ein langjähriger KPD-Genosse 1971 wiedergefunden, wie sie die Nazi Herrschaft überstanden hat, wissen wir nicht. Dieser Genosse organisierte damals die erste Kranzniederlegung. Seither führt die Partei in Kiel jedes Jahr eine Gedenkfeier zu Ehren aller gefallenen Genossen der Novemberrevolution durch. Dennoch ist es für uns Kieler keine traditionsbeladene Pflichtübung, sondern eine Gelegenheit zu demonstrieren, daß wir auch heute am Ziel des Sozialismus festhalten.

Die Problematik der Novemberrevolution hat ja auch aktuelle Bezugspunkte zu heute. Auch heute gibt es



Im Gedenken an die Opfer der Novemberrevolution

Der Kranz der Kieler Genossen der KPD und der KJD vor der Gedenkstätte der Opfer der Novemberrevolution. Und zum dritten ist die Gefahr, daß sich ehemals revolutionäre Menschen einer SPD-Nachtrabpolitik hingeben, auch heute wieder sehr groß.

Der Redner der Partei betonte: „... was uns mit den hier Begrabenen verbindet, sind die Ziele, die sie hatten,

die auch unsere Ziele sind: Frieden und Sozialismus. Die hier begraben sind, hatten ihr Leben dafür gegeben. Wir sind entschlossen, den Kampf, in dem sie gefallen sind, weiterzuführen. Wir treten ein für einen deutschen Staat ohne Ausbeutung der Menschen durch eine kleine Zahl von Profitgeiern, ohne Plünderung und Zerstörung der Umwelt im Interesse der Bilanzen von Großkonzernen und Banken, für einen deutschen Staat, von dem für kein Volk auf der Welt mehr irgendwelche Bedrohung oder gar Unterjochung ausgeht. Das Volk soll die politische Macht wirklich haben und alle Rechte und Mittel, um sich ein menschenwürdiges Leben aufzubauen, ohne Bevormundung und Unterdrückung durch irgendwelche parasitären Politiker, die sich mit Eigenschaftswörtern wie christlich, sozial, demokratisch und sogar sozialistisch und kommunistisch schmücken, in Wahrheit aber nur ihre eigennützigen Geschäfte betreiben...“

NO aus Kiel

Wochenseminare der KPD 1985

Kapitalistische Wirtschaftskrise — marxistische Krisentheorie — Perspektiven der Krise in der BRD — Auswege
Die Teilnehmer sollten mit Texten wie z. B. „Lohnarbeit und Kapital“ von Karl Marx vertraut sein.
Termin: 11.—17. März 1985

Seminar zur Einführung in den Marxismus
Themen: Einführung in die politische Ökonomie — Klassen und Klassenkampf — Staat und Revolution — Der Imperialismus — Was bringt uns der Sozialismus — Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung.
Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.
Termine 23.—29. September 1985
4.—10. November 1985
Seminar in türkischer Sprache vom 15.—21. April 1985

Unkostenbeitrag pro Woche 70,— DM
Anmeldungen ab sofort an: Detlev Schneider, Holstenring 5, 2000 Hamburg

Anmeldung

Ich möchte in der Zeit vom bis an einem Wochenseminar der KPD teilnehmen

Name..... Vorname

Anschrift

Beruf Unterschrift

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

FRANKFURT

Stammtisch der KPD
Jeden ersten Freitag im Monat, 20.00 Uhr
„Musterklausur“, Eckenheimer Landstraße 43
Der nächste am 7. Dezember,
Thema: „Die geflickte Republik“

WILHELMSHAVEN

Stammtisch der KPD
Jeden 1. Freitag im Monat
„Deutsche Bucht“, Ulmenstraße 17
Am 7.12.: „Die geflickte Republik“

STUTTGART

Nicaragua Solidarität
Informationsveranstaltung der Kommunistischen Jugend Deutschlands und der Roten Maulwürfe. Mit einer offiziellen Wahlbeobachterin, die gerade aus Nicaragua zurückgekehrt ist und einem Redakteur des Roten Morgen.
Freitag, 7.12.84 im „Mitte“, Werkstatt und Kultur, Hohe Straße 9, 7000 Stuttgart 1

KPD-KONFERENZEN

Arbeitslosentreff-Mitte
Samstag, 1.12. um 11.00 Uhr
Zentrales Parteilbüro der KPD, Dortmund-Hörde, Wellinger Str. 103
Thema: Entwurf des Arbeitslosenprogramms der KPD

Zum 40. Jahrestag der Befreiung der SVR Albanien

„Über die Bildung der Antifaschistisch-Nationalen Befreiungsfront“

Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Befreiung Albanien wurde in der SVRA — neben zahlreichen anderen Aktivitäten — auch ein neues Buch von Enver Hoxha veröffentlicht: „Laying the foundations of new Albania“ (etwa: Als die Grundlagen für das neue Albanien gelegt wurden). Der folgende Auszug stammt aus einem Kapitel dieses Buches, das von der Redaktion Roter Morgen aus dem Englischen übersetzt wurde. Er befaßt sich mit der Konferenz von Peza 1942 und ihrer Bedeutung für den Befreiungskampf.

Während die Kommunisten und das albanische Volk sich über diese Erfolge freuten, über den richtigen und erfolgreichen Weg, den der Krieg zur nationalen Befreiung unter Führung der KPA nahm, reagierten die selbsternannten „Väter der Nation“ anders. Da sie alle wilde Antikommunisten waren, war diese Ansammlung von „Patrioten“, „Demokraten“, „Antizigisten“ und „Anti-Italiern“ erbost und ernsthaft be-

troffen über die Richtung, in die sich die Dinge entwickelten. In der Tat waren wir, auf der Grundlage der Politik der Partei, nicht dagegen, uns mit ihnen zu treffen. Dies obwohl wir davon überzeugt waren und uns immer mehr davon überzeugten, daß es ihnen nicht wirklich um die Zusammenarbeit im Krieg gegen den Faschismus ging, sondern daß sie „eine gemeinsame Sprache“ mit uns finden wollten, also uns von

unserem Kurs abbringen.

Währenddessen machten wir größte Anstrengungen für den Ausbau und die Ausbreitung unserer Verbindungen zu den breiten Volksmassen in der Stadt und auf dem Land, zu Intellektuellen und Patrioten jeden Alters — und die Wahrheit ist, daß dieser hauptsächlich und wichtigste „Bereich der Arbeit“ auch der für uns erfolgreichste war. (...)

Ich war davon überzeugt, daß es Aufgabe unserer kommunistischen Partei sein würde, nach all dem montelangen Kampf, die Initiative zu ergreifen, um die Einheit des albanischen Volkes politisch und organisatorisch in konkreten Formen zu verkörpern.

Wie alle Genossen war auch ich in der Erfüllung der wichtigen neuen Aufgabe, die wir angingen, direkt engagiert und zu diesem Zweck reiste ich nach Peza zu Babe Myslim.

Wie immer erklärte sich Myslim einverstanden und bereit, an der Versammlung teilzunehmen, die die Kommunistische Partei vorschlug. Er gab mir Empfehlungen für eine Reihe von Leuten, die wir zu diesem Treffen einladen konnten und erklärte sich bereit, selbst mit ihnen zu reden, wenn wir das wollten... Unter den ersten, die er nannte, waren Haxhi Lleshi und Mustafa Xhani. (...)

Haxhi Lleshi nannte eine Reihe von Namen und sprach besonders über Mustafa Xhani.

Wir kennen Baba Faja, sagte ich zu ihm, unsere Genossen haben mit ihm gesprochen. Ich bin froh darüber, daß wir dieselbe Meinung über ihn haben.

Der Fall dieses patriotischen Priesters, Baba Faja, war kein Einzelfall. Später gab es noch andere Priester, die sich mit Herz und Seele am nationalen Befreiungskampf beteiligten und mitkämpften. Die Aktivitäten von Baba Faja hatten eine große propagandistische Bedeutung unter dem Volk, denn er zeigte ihnen, daß ihre religiösen Überzeugungen eine Sache waren, während es eine andere Sache war, albanischer Patriot zu sein. „Unwichtig, ob du Moslem, Orthodoxer oder Katholik bist, deine erste Pflicht ist der Krieg für die Freiheit Albanien“, das sagte er allen Albanern durch seinen persönlichen Kampf. Und er befand sich in völliger Übereinstimmung mit der Linie unserer Kommunistischen Partei für die Einheit des ganzen albanischen Volkes im Befreiungskrieg.

Die Eingeladenen begannen nach den ersten zehn Septembertagen einzutreffen und am 15. September 1942 war die Mehrheit anwesend. Am folgenden Morgen, dem 16. September 1942 begann das Treffen, das in die Geschichte als die 1. nationale Befreiungskonferenz des albanischen Volkes oder kurz als die Konferenz von Peza einging.

Zur Eröffnung der Sitzung begrüßte ich im Namen der De-

Glückwünsche

An das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albanien
An Genossen Enver Hoxha
An das Präsidium der Volksversammlung
An Genossen Ramiz Alla

Liebe Genossen,
zum 40. Jahrestag des Sieges des albanischen Volkes und seiner Partei der Arbeit über die faschistischen Besatzungsmächte senden wir Ihnen unsere herzlichsten revolutionären Glückwünsche.

Der Sieg des albanischen Volkes in seinem nationalen Befreiungskrieg ist ein großes Beispiel für den antiimperialistischen Kampf aller Völker dieser Welt.

Die Entwicklung, die Ihr Land und Ihr Volk in diesen 40 Jahren durchgemacht hat, zeigt, welche Kraft, welche Möglichkeiten in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung stecken.

Überlegt man nur einen Augenblick lang, was mit Albanien geschehen wäre, hätte es den Sieg im nationalen Befreiungskampf nicht gegeben, so kann man leicht den gewaltigen Unterschied ermessen, der in dem Weg liegt, den die sozialistische Ordnung zu beschreiten ermöglicht hat.

Gerade wir als deutsche Kommunisten, als revolutionäre Partei in einem Land also, das damals Besatzungsmacht in Albanien war, messen dem Sieg des albanischen Volkes im Kampf auch gegen die Nazi-Truppen Hitlers größte Bedeutung bei.

Gerade wir als deutsche Kommunisten, die in ihrem politischen Kampf stets mit dem tragischen Beispiel der Entwicklung in der DDR konfrontiert sind, bringen dem Kampf der Partei der Arbeit und des albanischen Volkes für die Revolutionierung der Staatsmacht, gegen Bürokratismus und Liberalismus großes Interesse entgegen.

Im Interesse des albanischen Volkes und des Sozialismus wünschen wir Ihnen, dem albanischen Volk und seiner Partei weiterhin Erfolge in ihrer großen Aufbauarbeit.

Für das Zentralkomitee der KPD
Horst-Dieter Koch

40 Jahre

Mit dem Abdruck eines Artikels von Liri Gjolliku (der auf dieser Seite beendet wird) hatten wir in der letzten Woche mit einer Reihe von Artikeln aus Anlaß des 40. Jahrestages der Befreiung Albanien begonnen. Gegenstand dieses Artikels ist eine Beschreibung der heutigen politischen Verhältnisse. Fortgesetzt wird die Artikelreihe heute mit kurzen Auszügen aus dem neuen Buch Enver Hoxhas über den nationalen Befreiungskampf und die Grundlagen des neuen Albanien. Wir haben dabei Auszüge über die Konferenz von Peza gewählt sowohl wegen deren grundsätzlicher Bedeutung für die weitere Entwicklung, als auch weil diese Auszüge ein Beispiel dafür sind, wie die albanischen Kommunisten, unter Bedingungen da sie die einzige bestehende politische Partei waren, die Einheitsfront für den Kampf um das gemeinsame Ziel organisierten. Weitere Artikel werden folgen.

Die sozialistische Ordnung — die demokratischste Ordnung

Den ersten Teil dieses Artikels der Abgeordneten der Volksversammlung Liri Gjolliku hatten wir in unserer letzten Ausgabe veröffentlicht. Hier nun der Abschluß des Artikels, der Auftakt unserer Serie zum 40. Jahrestag der Befreiung Albanien war.

In Artikel 10 der Verfassung der SVRA heißt es:

„Die Arbeiterklasse, als führende Klasse der Gesellschaft, die Genossenschaftsbauern sowie die übrigen Werktätigen unter Führung der Partei der Arbeit Albanien eine direkte und organisierte Kontrolle über die Tätigkeit der Staatsorgane, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen und ihrer Mitarbeiter aus, um die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen und die sozialistische Ordnung zu festigen.“ Unser Land hat in dieser Hinsicht eine gute Erfahrung erworben, unter Führung der Partei organisiert die Arbeiterklasse ständig Kontrollen an der Tätigkeit der Staats- und Wirtschaftsorgane, wie zum Beispiel im Zusammenhang mit der Anwendung von Gesetzen und Verordnungen zur möglichst guten Verwaltung des sozialistischen Eigentums, der Erledigung von Gesuchen, Beschwerden, Bemerkungen und Vorschlägen der Staatsbürger über die Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzmaßnahmen usw. Die von der Arbeiter- und Bauernkontrolle bestimmten Aufgaben wurden von den kontrollierten Organen und Organisationen stets genau durchgeführt.

Die Entwicklung und ständige Vertiefung unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung schafft stets die Bedingungen

für die Erfüllung der Rolle der gesellschaftlichen Organisationen als wichtige Stätten der Organisierung der Werktätigen, als Tribünen für die Meinungsäußerung und die Kontrolle durch sie, für die revolutionäre Eigenaktivität, als sehr wichtige Formen der aktiven Teilnahme der Massen am Regieren des Landes.

„Die Massenorganisationen“, sagt Genosse Enver Hoxha, „die nach wie vor eine besonders wichtige Rolle bei der Erziehung und Mobilisierung der Werktätigen zur Realisierung des Parteiprogramms spielen, hat unsere Partei als wahrhaft marxistisch-leninistische Partei immer richtig eingeschätzt. Als Hebel der Partei stützen sich die gesellschaftlichen Organisationen nicht nur bei den allgemeinen Ausrichtungen sondern auch bei ihrer täglichen Kleinarbeit auf die Politik und Ideologie, auf die Beschlüsse und Direktiven der Partei. Die Eigenarten ihrer Arbeit sind hauptsächlich mit den besonderen Forderungen verbunden, die die Partei gegenüber den einzelnen Bevölkerungsschichten hat, die von den jeweiligen Organisationen erfaßt werden, sie sind mit den Arbeitsformen und Arbeitsmethoden verbunden, die von jeder einzelnen Massenorganisation zur Realisierung der Aufgaben benutzt werden müssen“ (Enver

Hoxha, Bericht an den 8. Parteitag der PAA, deutsche Ausg. S. 118).

Von diesen Lehren geleitet, kämpfte die Partei beharrlich gegen die Unterschätzung dieser Organisationen und gegen jede Erscheinung des Formalismus bei ihrer Tätigkeit. Sie entlarvte die antimarxistischen Praktiken der modernen Revisionisten, die absichtlich die Arbeiterklasse von den brennenden politischen Problemen fern halten, sie treiben die Gewerkschaften auf die Positionen des Ökonomismus, engen ihren Horizont ein, reduzieren ihn fast allein auf die Probleme der Produktion. Die Partei betonte und betont, daß nicht nur die einfachen Wirtschaftsprobleme, sondern auch die ideologischen und politischen Probleme im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stehen haben, und zwar bei der gesamten Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisationen, wie den Problemen der kommunistischen Erziehung der Werktätigen, der Festigung der Diktatur des Proletariats und der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes, des Kampfes gegen den Bürokratismus und der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, der Ausübung der Kontrolle der Massen über den Staatsapparat, und überhaupt den Problemen der allseitigen Revolutionierung des gesamten Lebens des Landes. Die gesellschaftlichen Organisationen spielen nach wie vor eine wichtige Rolle bei der Erziehung der werktätigen Massen in der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, um sie für die Entwicklung der Wirtschaft und der Kultur und für die Festigung der Landesverteidigung zu mobili-

sieren, im Kampf gegen die bürgerlich-revisionistischen fremden Erscheinungen, gegen die rückständigen Sitten und für die vollständige Emanzipation der Frau und der gesamten Gesellschaft, usw.

Unsere Partei entlarvte auch die predigten jener Revisionisten, die die „Unabhängigkeit“ der gesellschaftlichen Organisationen von der proletarischen Partei predigen und sie dem sozialistischen Staat gegenüberstellen, angeblich um die Interessen der Werktätigen gegen den „sozialistischen Bürokratismus“, im Namen der „wahren Demokratie“ zu beschützen. Das bedeutet soviel wie, die Massenorganisationen von der revolutionären Politik und Ideologie der Arbeiterklasse zu trennen, sie unter den direkten Einfluß der bürgerlichen Ideologie und Politik, in Opposition zur Diktatur des Proletariats zu bringen, sie in ein Mittel zur Entartung der Massen und zur Verbreitung der Konterrevolution zu verwandeln. Zur großen Bedeutung dieser Organisationen in unserer Gesellschaftsordnung steht im Artikel 13 unserer Verfassung: „Der Staat stützt sich auf die gesellschaftlichen Organisationen, arbeitet mit ihnen zusammen und schafft die Bedingungen, damit sie ihre Tätigkeit entfalten. Die gesellschaftlichen Organisationen schließen breite Massen und Schichten des Volkes zusammen, ziehen sie organisiert zum Regieren des Landes, zum Aufbau des Sozialismus und zur Verteidigung des Vaterlandes heran, setzen sich für ihre kommunistische Erziehung ein und kümmern sich um die Lösung ihrer besonderen Probleme.“

legation der Kommunistischen Partei, die eingeladen hatte, die anderen Teilnehmer und dankte ihnen für ihre Teilnahme. (...)

Ich sagte weiter: Unser Krieg ist ein nationaler Befreiungskrieg, dessen Ziel die völlige Befreiung des Heimatlandes ist und die Errichtung einer demokratischen Regierung, deren Form das Volk selbst nach der Befreiung entscheiden wird. So wird unser Krieg sowohl politischer als auch militärischer Art sein.

Um dies zu erreichen, ist es nötig, die Antifaschistische Nationale Befreiungsfront zu organisieren, die nationale Befreiungsrate überall im Land und in den Partisaneneinheiten haben wird, die die bewaffneten Kräfte der Nationalen Befreiungsfront sind. Später werden wir größere Einheiten bilden und auch einen Generalstab schaffen.

Die Räte, die vom Volk frei gebildet werden müssen, müssen sowohl in den befreiten als auch in den besetzten Zonen geschaffen werden. Sicher ist es in den Dörfern und Städten, die in der Hand des Feindes sind, nicht möglich, offene, breite Wahlen zu organisieren, aber wir müssen dafür sorgen, daß diese geheimen Wahlen den breitesten möglichen Charakter annehmen, so daß die, die Mitglieder der Räte werden, genau die Personen sind, die das Volk kennt und will.

In ihren Beiträgen zur Diskussion unterstützte die Mehrheit der Anwesenden die Beurteilungen und Vorschläge des Zentralkomitees der KPA nachdrücklich. Sogar Abaz Kupi, der Vertreter der zogistischen Richtung und einige andere, nahmen die Plattform von Peza an, nicht weil sie sie mochten, sondern weil sie sich tarnen wollten, um, wie sie es getan haben, gegen die Front und den nationalen Befreiungskrieg aktiv zu werden.

Die Frage der Regierung, die nach der Befreiung errichtet werden sollte, wurde auf der Konferenz ebenfalls angesprochen. Dies war eine schwierige Frage, obwohl die Haltung der Partei dazu völlig klar war. Deshalb drückte ich in der Diskussion die Haltung unserer Partei aus, daß wir die Befreiung des Landes und die Schaffung einer demokratischen Regierung als Ziel des Kampfes angeben sollten. Über die Art der Regierung sollte das Volk danach entscheiden. (...) Es wurden keine grundlegenden Einwendungen gebracht, und die Resolution wurde verabschiedet. Die Konferenz wählte den provisorischen Rat der antifaschistischen nationalen Befreiung, der aus sieben Leuten bestand. Von der KPA wurden Enver Hoxha, Ymer Dishnica und Mustafa Gjinishi gewählt. (...)

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Ein neuer Versuch die Streikfront zu brechen

Am Ende der 37. Woche des Streiks der britischen Bergarbeiter haben sich die Fronten erneut verschärft. Mit knallharten Maßnahmen versucht die erzkonservative Thatcher-Regierung die Streikenden zur Aufgabe ihres Arbeitskampfes zu zwingen.

In der vergangenen Woche gab der konservative Minister für „Soziale Dienste“ bekannt, daß den Familien der streikenden Bergarbeiter in Zukunft die Sozialhilfe um 1 Pfund (etwa 3,75 Mark) gekürzt würde. Dieser Beschluß, der mit nichts anderem spekuliert als damit, die Not in den Kohlrevieren so groß werden zu lassen, daß die Streikenden aufgeben, hat zu erheblichen Tumulten im britischen Unterhaus geführt. Als der verantwortliche Minister eine Erklärung abgeben wollte, ließen ihn empörte Abgeordnete der Labour-Party nicht zu Wort kommen.

Ein Abgeordneter entriß dem Minister sein Redemanuskript und zerfetzte es sofort. Allzu offen war dies der Versuch, mit Hilfe der Kürzung der Sozialhilfe die Stilllegungspläne der staatlichen Kohlebehörde NCB durchzusetzen. Besonders empörend ist noch die Tatsache, daß zur Begründung der Kürzung von der Regierung das Argument ausgegeben wurde, die Bergleute bekämen schließlich noch Streikunterstützung von der Gewerkschaft. Dabei weiß es schon hier fast jeder, daß die Bergarbeitergewerkschaft keine Streikgelder zahlt. Der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft NUM, Arthur Scargill, sagte zu dem Regierungsbeschluß, es handle sich um ein weiteres Beispiel für die Entschlossenheit der Regierung, die Bergarbeiter in die Unterwerfung zu zwingen. Scargill beschuldigte die Regierung erneut mit dem Lock-

angebot (der RM berichtete: Streikbrecher sollen jetzt 1400 Pfund, mehr als 5000 Mark bekommen) der hohen Gelder Bergleute bestechen zu wollen. Doch diese Taktik

werde nicht verfangen. Scargill versicherte, der seit acht Monaten andauernde Arbeitskampf werde bis zum endgültigen Sieg fortgesetzt. Scargill griff auch die Presse in England an, der er vorwarf, sie lasse sich von der Regierung, der Kohlebehörde, der Justiz und der Polizei zu Angriffen auf die Bergarbeitergewerkschaft NUM benutzen.

Aus Hamburg liegt uns eine aktuelle Liste mit Filmen vor, die einen guten Beitrag zur laufenden Solidaritätsbewegung leisten.

Medienpädagogik Zentrum (MPZ), Thadenstr. 130a, HH 50, Tel. (040) 4397259

• „Not just Tea and Sandwiches“ (12 Min)

Was die Bergarbeiterfrauen zum Streik ihrer Männer zu sagen haben.

• „The Coal Board's Butchery“ (10 Min)

Die Pläne der Regierung Thatcher, den staatl. Bergbau zu vernichten.

• „Solidarity“ (15 Min)

Die Streikunterstützung durch den britischen Gewerkschaftsdachverband TUC.

• „The Strike and the Industry“ (10 Min)

Das Kapital bedient sich einer unverblühten Sprache.

• „The Line Machine“ (15 Min)

Die Hetze der englischen Medien gegen den Bergarbeiterstreik.

• „Only doing their Job?“ (20 Min)

Die Polizei, das Gesetz und der Streik der Bergarbeiter.

Die VIDEO-Filme sind von „The Miners Campaign-Tape-Project“ hergestellt worden, und liegen in deutscher Fassung vor. Sie haben das offizielle o.k. der NUM.

Solidarität mit Nicaragua



KIEL. — Am Samstag, dem 18. 11., fand in Kiel vor dem „Kennedy-Haus“ eine Kundgebung gegen die Mittelamerika-Politik der USA statt. Aufgerufen zu dieser Kundgebung hatte das Bündnis „No Pasaran“ — USA: Hände weg von Nicaragua! —, in dem jetzt auch die Partei mitarbeitet. Die Kundgebung verlief in einer kämpferischen Stimmung. Dazu trug im wesentlichen der Ernst-Busch-Chor aus Kiel bei. Neben einigen vorgetragenen Liedern haben wir auch das Solidaritätslied, das Einheitsfrontlied, Adelante und andere Lieder zusammen gesungen. Die Redner auf der Kundgebung betonten, daß die US-Regierung in den nächsten Monaten versuchen wird, den politischen Aufwind ihrer Wiederwahl zu nutzen, um direkt gegen den revolutionären Prozeß in Nicaragua vorzugehen. Das Bündnis ist der Auffassung, daß die Zeit kommen wird, da die Regierung der Vereinigten Staaten mit ihren eigenen Truppen die Banden der Contras unterstützen muß. Denn diese sind in vier Jahren Krieg gegen das Volk

von Nicaragua auf allen Ebenen geschlagen worden. Aber in der Geschichte gibt es keine Invasionsarmee, die den Sieg über ein gut organisiertes, mit Überzeugung kämpfendes Volk errungen hat.

Auf der Kundgebung gedachten wir auch dem gefallenen Genossen Enrique Schmidt, der am 5. November im Kampf gegen die Contras gefallen ist (der RM berichtete in seiner Ausgabe vom 16. November bereits davon). Hierzu wurde die Rede des Genossen Enrique Schmidt, die er am 20. 10. in Hamburg auf der großen Friedensdemo gehalten hat, noch einmal verlesen.

Nach der Kundgebung und einem Marsch durch die Kieler Innenstadt mit der lautstarken Parole: „USA — raus aus Nicaragua“, trafen sich einige von uns in einer nahegelegenen Gaststätte, um dort das weitere Vorgehen zu beraten. Das wichtigste Ergebnis der Beratung ist, daß noch vor Weihnachten in Kiel eine Demonstration gegen die Mittelamerika-Politik der USA stattfinden soll.



Chile vor neuem Protesttag

Widerstand trotz Belagerungszustand

Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe des „Roten Morgen“ lagen uns noch keine Nachrichten über den Verlauf dieser Tage in Chile vor. Umfangreiche Meldungen gab es hingegen von den Vorbereitungen, die das Regime für den erwarteten Proteststurm unternahm.

In der vergangenen Woche war zunächst ein Rundschreiben des Erzbischofs von Santiago unter die Zensur gefallen. Dieses Schreiben durfte nirgendwo veröffentlicht werden. In den meisten Kirchen aber, vor allem in christlichen Basisgemeinden, die sich dem Widerstand gegen Pinochet verpflichtet fühlen, wurde er verlesen und breit diskutiert. In dem Rundschreiben war ein Aufruf

Der am 6. November von General Pinochet über Chile verhängte Belagerungszustand hat die Volkskämpfe gegen die Junta nicht eindämmen können. Die Verschärfung der Beschnidung demokratischer Rechte — vor dem Belagerungszustand herrschte der Ausnahmezustand — konnte nicht verhindern, daß für den 28. und 29. November ein neuer landesweiter Protesttag ausgerufen wurde.

zu einem „Fasten- und Gebets-tag“ enthalten, der als Protest gegen die Verschärfung der Unterdrückung und die Massenverhaftungen unter dem Belagerungszustand gedacht war. Mit dieser Aktion hat sich die offizielle katholische Kirche jetzt auch entschieden in die Reihen der Gegner der Junta eingereiht, die immer breiter werden.

Das Leben in Chile in diesen Tagen vor den zweitägigen nationalen Protesten ist bestimmt von faschistischen Ter-

roraktionen der Polizei und des Militärs. Einwohner ganzer Viertel werden in Stadien getrieben. „Verdächtige“, „aufführerische Elemente“ werden „ausortiert“. Die Verschleppung bekannter Oppositioneller häuft sich. Sozialistische, kommunistische Politiker und Politikerinnen verschwinden in KZs, die Führer von Selbsthilfeorganisationen aus den Armenvierteln werden verhaftet. Solche Nachrichten gibt es vor allem aus der Hauptstadt Santiago, aber auch aus anderen

Zentren des Widerstands gegen die Junta.

Die totale Pressezensur in Chile kann aber weder die Meldungen über die Repression des Regimes verhindern noch die sich häufenden Nachrichten von Widerstandsaktionen aus dem ganzen Land. Immer öfter gehen Bomben vor Einrichten der Polizei, des Militärs oder der Geheimdienste hoch. Am vergangenen Wochenende wurde in der Hafenstadt Talcahuano eine Patrouille von Marinesoldaten überfallen. Einer der Soldaten, die eine Überlandleitung bewachten, wurde getötet. So wird es dem Regime, trotz der Anwendung all seiner militärischen, polizeilichen und sonstigen Möglichkeiten immer weniger möglich, sich in dem Land zu halten.

Nach dem triumphalen Erfolg Reagans bei den Präsidentschaftswahlen haben die USA den Druck auf das revolutionäre Nicaragua verstärkt. Sicher auch deshalb, weil es der internationalen und inneren Reaktion nicht gelungen ist, die Wahlen in Nicaragua in ein wirksames Instrument der Konterrevolution zu verwandeln. Im Gegenteil: der Ausgang der Wahlen in Nicaragua hat überzeugend die Legitimität der revolutionären Macht bestätigt.

Für den US-Imperialismus und die Weltreaktion bedeutet dieser Ausgang der Wahlen in Nicaragua, daß die Hoffnungen auf eine „friedliche“ Konterrevolution sich in absehbarer Zeit nicht erfüllen werden. Eben deshalb stellt sich für den US-Imperialismus die Frage der gewaltsamen Zerschlagung der nicaraguanischen Revolution nach den Wahlen erst recht als Kern der konterrevolutionären Strategie dar.

Der Krieg gegen das revolutionäre Nicaragua findet schon heute statt. Der schmutzige Krieg der Contras lebt von der massiven Unterstützung Washingtons. Reagan wird diese Unterstützung verstärken. Er wird Honduras mit Waffen, Geld und Militär vollpumpen, bis das ganze Land in einen Brückenkopf gegen das freie Nicaragua verwandelt ist. Aber selbst dann ist der Sieg der Contras nicht wahrscheinlich.

Reagan und die Weltreaktion können ihr Ziel, das freie Nicaragua zu zerstören und den Funken der Revolution in Mittel- und Lateinamerika auszutreten, nach Lage der Dinge nur durch eine direkte militärische Invasion erreichen. Das ist die Lage und jedes Dementi einer Invasionsabsicht aus Washington dient nur dazu, die Weltöffentlichkeit an den Gedanken der Invasion zu gewöhnen.

„Nicaragua wird zur Bedrohung für die mit den USA verbündeten Nachbarstaaten.“ „Nicaragua wird von den Sowjets zur Angriffsbasis gegen die USA hochgerüstet.“ Wie lange können die USA dem tatenlos zusehen? — Propagandistisch hat die Invasion längst begonnen.

In dieser Situation stellt sich für die Solidaritätsbewegung mit Nicaragua vor allem die Aufgabe, den Kampf gegen die drohende Invasion zu entfalten. In einem Land wie dem unseren, dessen Regierung und herrschende Kreise zu den engsten Bündnispartnern des USA-Imperialismus gehören, direkt an der Organisation des Drucks und der Erpressung gegen das revolutionäre Nicaragua und damit an der Vorbereitung der Invasion beteiligt sind, ist das besonders dringlich. **Dafür, ob Reagan den Befehl zur Invasion gibt oder nicht, ist die Frage, ob in den wichtigsten Bündnisstaaten der**

Solidarität mit Nicaragua

Was wir hier tun müssen

USA die Politik der Unterstützung einer US-Invasion in Nicaragua politisch durchsetzbar ist oder nicht, sicher von wesentlichem Einfluß.

Hier liegt gegenwärtig der wesentliche Beitrag, den die Antimperialisten in der Bundesrepublik und Westberlin zur Verteidigung der nicaraguanischen Revolution leisten können: in der Organisation einer Anti-Invasions-Bewegung mit dem Ziel, Washington und Bonn klar zu machen, daß der politische Preis für eine Invasion in Nicaragua sehr hoch sein wird.

Die politische Grundlage für eine solche Bewegung gegen die drohende Invasion kann nicht die Begeisterung für die nicaraguanische Revolution und die Identifikation mit ihr sein. Politisch stellt sich die Aufgabe vielmehr so: Die Solidaritätsbewegung mit Nicaragua muß ausgedehnt werden von der sehr begrenzten Zahl revolutionärer Antimperialisten auf die große Zahl von Menschen, die einfach für das Recht eines jeden Volkes auf eigenständige und selbstbestimmte Entwicklung eintreten und imperialistische Gewaltpolitik ablehnen.

In diesem Zusammenhang ist die Diskussion von Bedeutung, die sich vor und nach dem Auftritt Willy Brandts auf der Bonner Nicaragua-Kundgebung entwickelt hat. Im letzten „Roten Morgen“ war dazu ein Leserbrief veröffentlicht, in dem zwei Genossen aus Oldenburg sich inhaltlich auf die Seite derjenigen geschlagen haben, die vor und in Bonn gegen Willy Brandt als Kundgebungsredner auftraten und entsprechend kritisierten, daß das Flugblatt unserer Partei keine grundsätzliche Kritik der Politik der SPD und der Sozialistischen Internationale gegenüber Nicaragua enthalten hat. Der Brief endet: „Wir finden es politisch ziemlich fragwürdig, als kommunistische, als revolutionäre Partei unter den Demonstranten ein Flugblatt zu verteilen, in dem inhaltlich kein Wort über die konterrevolutionäre Rolle der SI und die gegen erhebliche

Widerstände aufgezwungene Einladung von Brandt verloren wird. Einmal Portugal reicht doch wohl ...“

Der Hinweis auf Portugal ist interessant. Er soll besagen, daß die portugiesische Revolution vor allem infolge der Einflußnahme der SPD und der Sozialistischen Internationale in einem bürgerlich-parlamentarischem System geendet ist, das zunehmend reaktionäre Züge annimmt. Der Hinweis auf den Beitrag, den SPD und Sozialistische Internationale zum Abwürgen des revolutionären Prozesses in Portugal geleistet haben, ist selbstverständlich in hohem Maße berechtigt. Nur: ausschlaggebend für die Niederlage der portugiesischen Revolution war und ist die Entwicklung der inneren Kräfteverhältnisse.

In Nicaragua aber geht es eindeutig um den Kampf gegen die drohende Invasion als Hauptgefahr für die Revolution. Deshalb muß man nicht die inneren Gefahren für die nicaraguanische Revolution übersehen. Deshalb muß man auch nicht mit Schweigen übergehen, daß die Sozialistische Internationale und die SPD ihren Einfluß auf die nicaraguanische Führung vor allem einsetzen, um diese zu größeren Zugeständnissen gegenüber dem Imperialismus und der inneren Reaktion zu bewegen. **Aber die Tatsache, daß die SI und Willy Brandt gegen die drohende US-Invasion auftraten, ist nicht nur für die revolutionäre Regierung Nicaraguas ein wichtiger Faktor, sondern auch für die Entwicklung einer breiten Anti-Invasions-Bewegung in unserem Land.**

Niemand soll sich Illusionen darüber machen, daß die Propaganda zur Erzeugung der „Invasionsstimmung“ wirkungslos ist. Die Solidaritätsbewegung muß ihr da konkret entgegenreten. Begeisternde Erlebnisberichte aus Nicaragua sind da nicht ausreichend. In der Massendiskussion spielen andere Fragen eine Rolle: Hat Nicaragua das Recht, seine Waffen, die es zur Verteidigung des Landes und der Revolution braucht, zu kaufen, wo es sie erhält und wo es will? Bedroht Nicaragua seine Nachbarstaaten oder soll diese „Bedrohungslüge“ nur den Vorwand für die tatsächliche Bedrohung Nicaraguas durch den US-Imperialismus liefern? Hilft die Bundesregierung mit der Einstellung der Entwicklungshilfe der „Demokratie“ oder der imperialistischen Machtpolitik Washingtons?

An diesen und anderen Fragen wird sich entscheiden, ob es in unserem Land gelingt, eine breite Bewegung gegen die drohende US-Invasion zu entwickeln. Dieser Aufgabe muß sich die Solidaritätsbewegung stellen. Zeit bleibt nicht zu verlieren.

